

Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Verbandsstelle in Leipzig
Zeiger Straße 30 IV, Volkshaus, Ausgang B oder C
Fernruf 27503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 10 Mark. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 38

Sonnabend, den 23. September 1922

26. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperre, Streik, Zugzug fernhalten“, in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Bahnhöfe einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Laufende Notizen unter: „Gesperret“, „Streik“, „Zugzug fernhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrennotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

Gesperret:

In Jena (Grabsteingeschäft von Ebert & Meyer). In Walsdorf, Betrieb von Moritz Ceregetti. In Halle für Marzobauer. Stettin. Reichenbach i. Vgl., Firma Heilmann für Wiltbauer und Steinmetzen. Suhl (Thüringen). Firma Heinrich Siebtrau.

Sächsischer Pflasterstein- und Schotterindustrie. Die anstehende Lohnfrage ist dem Haupttariffamt zur Entscheidung unterbreitet worden.

Streik:

In Aachen (Steinmetzen). Im Basaltwerk Heiligenmühle, Oechsen (Rhein). Die Kollegen sind fast alle anderweitig untergebracht. In Berlin (alle Branchen). In Bahnsig und Leutenow (Firma Stein) Pflaster und Schotter. In Elzweiler Pflaster und Schotter.

Zugzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik von Forst (Grabsteingeschäfte). Von Walsdorf, Gießmünde und Lehe.

Erledigte Bewegungen:

Königsberg i. Pr. Auf die Augustlöhne wurde ein Zuschlag von 70 Proz. vereinbart. Die Lohnhöhen sind damit erledigt. **Braunschweig.** Die Sperre über den Platz Dellner u. S. u. f. er ist seit 9. September aufgehoben. **Alteben-Bernburg.** Der Streik ist mit Erfolg beendet.

Steinbrüche und Steinhauereien im Jahresbericht für 1921 der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten.

Im Vergleich zu den Vorjahren hat die Zahl der im Betrieb befindlichen Steinbrüche und Steinhauereien, ebenso die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen etwas zugenommen. Ein Zeichen, daß die Arbeits- und die Absatzmöglichkeit in der Steinindustrie nach Kriegsende stetig zugenommen hat, dabei ist zunächst ohne Verlang, ob die vermehrte Tätigkeit durch in- oder ausländische Aufträge verursacht wurde.

Im Berichtsjahr wurden in Preußen gezählt: 1908 Steinbrüche und Steinhauereien mit mindestens je 10 Arbeitern, beschäftigt wurden in diesen Betrieben insgesamt 41 129 Arbeiter (gegen das Jahr 1919 eine erfreuliche Zunahme von 40 Betrieben und 4915 Arbeitern). Von den Arbeitern waren 38 504 erwachsene männliche, 1479 Arbeiterinnen von 16 bis über 21 Jahre, 1140 waren jugendliche Arbeiter bzw. Lehrlinge von 14 bis 16 Jahre, und außerdem wurden festgesetzt 6 Kinder unter 14 Jahren. Von den Betrieben wurden durch die Aufsichtsbeamten 1064 revidiert mit einer Arbeiterzahl von 29 735 einschließlich der Betriebe, in denen die 6 Kinder beschäftigt hatten.

Zu den Steinbrüchen und Steinhauereien kommen hinzu 2086 Anlagen mit 4583 Arbeitern, die unter die Bestimmungen der Bundesratsverordnung fallen. Von diesen Anlagen wurden in 659 Revisionen nur 603 Betriebe mit 1589 Arbeitern kontrolliert.

Im allgemeinen wurden in der Steinindustrie Zuwiderhandlungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in 18 Fällen, die Arbeitsbücher betrafen, festgestellt. 20 Fälle erstrecken sich auf Unterlassung von Anzeigen, Anhängen und Verzerrungen und in einem Falle handelte es sich um Verstoß gegen Pausen. In 6 anderen Fällen betraf es Ausschluß von der Beschäftigung auf Grund der Bundesratsverordnung. Insgesamt wurden in 35 Anlagen Zuwiderhandlungen gegen die Bundesratsverordnung ermittelt, bestraft wurde jedoch nur 1 Person.

Sonntagsarbeit wurde auf Grund von § 105 f. der Gewerbeordnung im Berichtsjahr für 8 Betriebe zugelassen. Die Bewilligungen betrafen 4 Fälle bis zu 5 Stunden, über 5 bis 8 Stunden ebenfalls 4 Bewilligungen. An 19 Sonn- und Festtagen war Arbeit zugelassen; die Zahl der an solchen Tagen geleisteten Arbeitsstunden war 1464½, Zahl der Arbeiter, die für diese Sonn- und Festtagsarbeit in Frage kamen 122. Insgesamt waren in den betreffenden Betrieben 807 Arbeiter beschäftigt. Zurückerwiesen wurde in der Bewilligung für diese Ueberarbeitszeit 1 Antrag. Leider können in dem umfangreichen Jahresbericht, der alle Industrien mehr oder weniger erfaßt, die Gründe für die einzelnen Maßnahmen der Gewerbeaufsichtsbeamten nicht angegeben werden, wir müssen uns deshalb mit den Zahlenangaben begnügen.

Ueber einzelne Unfälle ist in dem Jahresbericht zu lesen aus dem Breslauer Regierungsbezirk: „In einem großen Granitsteinbruch kam ein Arbeiter zu Tode, als er sich dem mit Schwarzpulver besetzten Bohrloch näherte, dessen Zündschnur er selbst angezündet hatte. Nachdem bereits vier Schüsse von sehr viel geringerer Tiefe abgebet waren, lief er ohne Ueberlegung und ungeachtet aller Vorwarnungen und dringenden Warnungen seiner Mitarbeiter dem Bohrloch näher. Der Schuß ging los, als er eben dort ankam und schleuderte ihn in weitem Bogen in den Steinbruch, wo er tot liegen blieb.“ Aus dem Arnberger Regierungsbezirk: „Unvorsichtiger Umgang mit Sprengstoffen führte bei der Steinbruchgewinnung zu mehreren schweren Verletzungen, von denen zwei tödlich verliefen. Ein Bruchmeister hatte trotz wiederholter Warnung eine im Bohrloch feststehende Sprengpatrone mit einer eisernen Stange lösen wollen; dabei explodierte die Patrone und zerschmetterte den Kopf des Unglücklichen. — In anderen Fällen hatte der Schießmeister in einem 2,85 Meter tiefen Bohrloch schon mehrere Restschüsse abgegeben und nach angeblich einfüßiger Pause mehrere ungeteilte Patronen eingeworfen, als der Schuß beim Nachdrücken mit dem Ladestock losging. Der Schießmeister selbst und sein Gehilfe sind nur leicht verletzt worden,

während ein 5 bis 6 Meter davon stehender Kraftwagenführer durch den Explosionsdruck derart gegen den beladenen Wagen geschleudert wurde, daß er seinen Verletzungen erliegen ist. Es wurde „Miedziankit“ (90 Prozent Kaliumchlorat und 10 Prozent Petroleum) verwendet und, wie der Schießmeister berichtet, ein hölzerner Ladestock benutzt. Durch die noch warmen Bohrwandungen muß das Petroleum verdunstet und der an sich schon gefährliche Chloratsprengstoff noch empfindlicher gegen Stoß und Reibung geworden sein.“ Aus dem Regierungsbezirk Silbesheim: „Durch Explosion am Bohrloch haben sich zwei Unfälle ereignet. In einem Steinbruch erfolgte beim Niederbringen eines Bohrlochs eine Explosion. Sämtliche Beteiligten bestritten entschieden, daß etwa versucht worden sei, die Sprengladung eines Verjagers auszubohren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß noch ein Rest wirksamen Sprengstoffes aus einem alten Bohrloch in einem Spalt sah und durch Bohrer zur Explosion gebracht worden ist. Durch diese Explosion wurden zwei Arbeiter leicht, ein dritter schwer, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt.“ In einem anderen Falle wurde „beim unzulässigen Ausbohren eines Verjagers durch Explosion ein Arbeiter, glücklicherweise nur leicht, an beiden Händen verletzt.“ Im Bericht aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden wird gesagt: „Die unverschämte Menge vieler Unfälle in Steinbrüchen müssen zum Teil auf die große Trockenheit im Berichtsjahr zurückgeführt werden, die die Abraumabfuhr erschweren und mehr Schießarbeit auch bei Beseitigung des Abraums nötig machte. Fünf Todesfälle, mehrere schwere Verletzungen und eine Reihe leichter Unfälle sind in Steinbrüchen auf das plötzliche und unerwartete Niedergehen von Erd- und Steinmassen zurückzuführen.“ — Soweit immer wieder die allbekanntesten Unfälle, wenn auch in dieser Hinsicht im Laufe der Jahre durch die größere Umsicht unserer Kollegen sich manches gebessert hat, so muß dennoch durch die Anführung dieser bedauerlichen Vorkommnisse die Beachtung der nötigen Vorschriften noch strenger werden. Strenger im Interesse der Steinmetzen selber!

Im Bericht werden dann noch verschiedene Löhne aus Steinbruchgebieten angeführt, die aber hier nicht wiedergegeben zu werden brauchen, sie haben nur Wert zu späteren Vergleichen.

Aus der Provinz Ober-Sachsen ist noch eine Bemerkung aus dem Bericht hervorzuheben: „Aus zwingenden Gründen mußte ferner 10 Betrieben der bedeutenden Steinbruchindustrie des Bezirkes die Genehmigung erteilt werden, 246 über 18 Jahre alte Arbeiterinnen — gegenüber 528 im Jahre 1920 — mit der Beseitigung des Abraums sowie beim Transport und bei der Verladung von Abram und Steinen zu beschäftigen. An Stelle der Arbeiterinnen wurden früher ausländische Arbeiter beschäftigt, die zur Zeit nicht herangezogen werden können. Einheimischen männlichen Arbeitskräften gilt diese Arbeit als zu minderwertig, so daß sie meist schon wenige Tage nach der Einstellung wieder abkehren.“ Diese Begründung hat sicher ein großes Loch, es wird ohne Zweifel mit der „minderwertigen“ Entlohnung für die betreffende schwere Abraumarbeit zusammenhängen und ein Aufsichtsbeamter sollte vorsichtiger sein, solche abgelehnte Gründe anzuführen. Das sind Behauptungen, die allenfalls von Unternehmern gebracht werden, um die Genehmigung zur Beschäftigung von Arbeiterinnen zu erhalten.

Der „Unentwegte“.

Unentwegt einem großen Ziele zustreben ist eine gute Eigenschaft. Denn nur durch Beharrlichkeit und Fähigkeit ist ein weitgestecktes Ziel zu erreichen. Darum hat es vor dem, der unentwegt mit Tat und Tat das Ziel nie aus dem Auge läßt, zum Ausbrennen ermuntert, die sich dem Ziel entgegenstehenden Widerstände erkennt und zur Tat aufruft, um diese Widerstände zu beseitigen, der Mittel und Wege zeigt, um vorwärts zu kommen, stets mit gutem Beispiel voranleuchtet und so allen in der Gewerkschaft als Muster eines unentwegten, zielbewußten Kämpfers dient, dessen klugen Rat man mit Interesse und gern hört und dem man freudig und willig folgt.

Diese Unentwegten als Berater und Führer unserer Bewegung in allen Ehren. Sie sind das Salz der Organisation, ein unentbehrlicher Faktor des Erfolges im gewerkschaftlichen Streben. Aber es gibt außer ihnen auch noch „Unentwegte“, denen wir diesen sonst so ehrenhaften Titel nur in Gänsefüßchen zubilligen können, und die durch ihre „Unentwegtheit“ der Gewerkschaft nicht zum Vorteil sind, sondern vielfach als Organisations- und Einigkeitstörner bekannt werden und durch ihr „unentwegtes“ Tun und Handeln der Gewerkschaft nur Knüppel zwischen die Beine werfen und Mißtrauen und Uneinigkeit nähren.

Man erkennt im Gewerkschaftsleben diesen „Unentwegten“ auf den ersten Blick. Und wer dieses Scharföhrchen erlangt, der lernt ihn bald an seinen Reden kennen. Denn reden kann jeder, „Unentwegter“ die schwere Menge und in jeder Zusammenkunft wird er auch zu allem und jedem das Wort ergreifen. In der Regel ist er radikal bis in die Knochen. Und die „hohe Politik“ meistert er in jeder Weise. Theoretische Phrasen sind ihm gekäufte wie dem am Schnupfen Laborierenden der Nasenschleim. Zu jedem Thema findet er die „erlösenden“ Worte. Geht man aber seinem „Gepluse“ näher auf den Grund, dann ist jede seiner Reden auf den gleichen Ton gestimmt, er sagt richtig gehört immer das selbe, nur in fünfzig verschiedenen Variationen. Immer gleich radikal, immer die gleichen Gründe, immer die gleiche Opposition, immer das gleiche Ziel, das im Wollentkudusheim endet. Und immer das gleiche Geschimpfe und Geheise über die Führer, die von allem nichts verstehen und die ganze Bewegung zur „Versumpfung“ treiben. Nicht nur in der Versammlung, auch bei jeder anderen Gelegenheit, an der Arbeitstätte, am Bierisch, in der Straßenbahn liert dieser „Unentwegte“ seine einzige Walze ab, die sich natürlich durch die fortgesetzte rücksichtslose Anwendung immer mehr abmirt und zuletzt nur noch jämmerliche Mißtöne von sich gibt.

Das Letztere ist das einzig Gute am „Unentwegten“. Er fällt mit der Zeit auch denen auf die Neben, die ihm anfänglich ruhig zuzuhören. Immer die gleiche Musik — und sei sie noch so schön klingend — wirkt auf jeden Zuhörer letzten Endes als scheinliche Marter und er mag das nicht mehr hören. So wirtschafet sich mit der Zeit mit seiner ewig gleich klingenden Walze auch der ganze Kerl ab.

Das ist wie gesagt das einzig Gute am „Unentwegten“. Sonst aber ist seine Tätigkeit — die sich hauptsächlich in Reden erschöpft — der Entwicklung der Gewerkschaft nicht förderlich. Wie könnte es anders sein! Denn in der Regel ist jeder ein „Unentwegter“ recht eitel wie eine alte Jungfer und für das „Bestehende“ seines Wesens sehr eingenommen. Von seiner Vollkommenheit ist er restlos überzeugt. Er sieht die Bewegung weit weniger als sich. Er hält sich für den Mittel- und Angelpunkt des Ganzen, und

das Ganze — die Bewegung — interessiert ihn weit weniger als sein eigenes wertvolles Ich. Darum prüft er auch nicht, ob er durch seine Handlungsweise der Organisation Schaden zufügen könnte. Das ist ihm nebensächlich. Ihm kommt es nur auf die Augenblickswirkung an, oft nur vielleicht darauf, sich einige Minuten als bejubelter Held fühlen zu können. Was später wird, kümmert ihn nicht, Fernwirkungen liegen überhaupt gänzlich außerhalb seines Horizontes. Und das ist das Schädliche und Gefährliche! Was nützt es groß, wenn man ihn, nachdem seine geistige Pohlheit, seine Eigenliebe erkannt ist, nicht mehr hören möchte und ihn abzuschütteln sucht! Dann hat er längst schwer gutzumachenden Schaden angerichtet. Dem seine ewige Opposition, seine permanente Nörgelsucht — die mit ehelicher Kritik nichts zu tun hat — hat bereits Opfer gefordert und manchem braven Arbeiter das Versammlungsleben bereitet und manchem Neuling in der Bewegung das Organisationsinteresse verleidet. Denn wer immer nur rätionieren hört, daß weder Führer noch Verband etwas taugen und daß jeder Beschluß eine ausgemachte Dummheit ist, der fühlt sich, soweit er die Zusammenhänge der Wirtschaft und diese beeinflussenden Organisationen noch nicht erfaßt hat, abgestoßen, er wird wankelmütig und geht der Bewegung verloren. Und mancher möchte sich nicht ärgern und seine Ruhe haben, aus der ihn der Phrasenschwall des „Unentwegten“ schon so oft aufgestört hat.

Also solche „Unentwegten“ sind das komplette Gegenteil vom unentwegten, ehrlich strebenden Kämpfer der Gewerkschaft. Wer sich unferer Bewegung widmet, der muß es tun unter Zurückstellung aller persönlichen Eigenliebe und Wichtigkeitserei, er soll und darf sich nur der Sache widmen. Die Sache über alles! Jede Rede flug abwägen, jede Handlung prüfen in ihrer Wirkung auf das Ganze, stets das Wohl des Ganzen im Auge — das kennzeichnet den von Verantwortung und von Liebe zum Ganzen erfüllten Gewerkschaftler. Stets wirken unter Zurückstellung des eigenen Interesses für die Gewerkschaft, alles vermeiden, was letzterer als Ganzes schaden könnte, alles benutzen, was ihr zum Vorteil dient und uns dem Ziele nähert, immer voran mit klugem Wort und entschlossener Tat, als leuchtendes Beispiel im Gewerkschaftskampfe — das ist der echte Unentwegte, der echte Gewerkschaftsmann, der der Bewegung nützt und ihr die Wege ebnet im Aufstieg der Mitglieder zu höherer Kultur und größerem Lebensinhalt.

Vor dem „Unentwegten“ aber, bei dem wir diesen Titel vorzüglich in Gänsefüßchen kleiden müssen, der bei allem radikalen Redeschwall der Bewegung keinen Nutzen bringt und ihr im Gegenteil schadet, möge sich jede Gewerkschaft in acht nehmen. Man erkenne seinen inneren Unwert beiseite und stelle ihn, nachdem man ihn erkannt hat, schleunigst kalt. Dann wird er keine Befriedigung seines persönlichen Ehrgeizes mehr finden und sich bald aus dem Staube machen. Und das wäre der beste Dienst — falls eben bei ihm auf Besserung nicht mehr zu rechnen ist —, den er der Bewegung noch erweisen könnte!

Unsere Beitragsleistung.

Als wir unsere Beitragsleistung im Mai auf dem Verbandstag in Leipzig neu regelten, hat niemand geahnt, daß sich die Teuerungswellen in solch sprunghafter Weise und solch schneller Aufeinanderfolge überführten, wie wir dies im letzten Quartal erlebt haben. Man baute auf die Erfahrungen der zurückliegenden Zeit, wo die Teuerungszulage immer nur 50, 100, 150, 200 — die höchste beim sächsischen Landestarif bis zum Verbandstag 450 Proz. — auf den Friedenslohn betrug. Und die 200 Proz. gab es erst nach einem Stillstand vom 16. Februar bis 6. April, die 450 Proz. nach einem Monat. Am 19. Februar 1921 betrug der Stundenlohn im sächsischen Landestarif 6.80 M., am 1. Mai 1922 25.50 M. Nach dieser allmählichen Steigerung der Stundenlöhne des sächsischen Landestarifes baute sich auch die Vorlage des Verbandsvorstandes auf, die nur eine Spannung von 2 M. zwischen den Stundenlöhnen und den Beitragsmarken (von 5 bis 27 M., das sind 11 Klassen) vorgeesehen hatte. Unter gleichzeitigen Abbau der überholten Beitragsklassen infolge Erhöhung der Stundenlöhne konnte auf dieser Grundlage weiter gebaut werden, ohne daß wir wesentlich mehr Klassen erhalten hätten.

Doch es kam anders. Waren doch schon bis zur Drudlegung des Statuts an verschiedenen Orten Deutschlands Stundenlöhne von über 50 M. zu bezeichnen, so daß wir die Tabelle über Beitragsleistung bis 49 M. erweitern und schon 23 Sorten Beitragsmarken bereitstellen mußten. Die Teuerung wurde immer unerträglicher, die Löhne mußten folgen, und so erhöhte sich der Stundenlohn des sächsischen Landestarifes von 45.50 M. am 16. August auf 78.40 M. am 1. September 1922. Da können wir nun mit einer Spannung bei den Beitragsmarken von nur 2 M. nicht mehr folgen, ohne uns in der Verwaltung und dem Kasseneisen festzufahren! Denn 40 bis 50 Markensorten zu gleicher Zeit im Umlauf lassen sich bei unserem jetzigen Verwaltungsapparat und den zur Verfügung stehenden Büchern und Formularen nicht so übersichtlich unterbringen, daß am Schluß eine einwandfreie Abrechnung möglich wäre! Der Verbandsvorstand ist deshalb gezwungen, die Beitragsspanne mindestens zu verdoppeln, und zum anderen auf Grund der festgestellten Mindestlöhne eine Reihe der niedrigsten Klassen mit Quartalszuschlag zu streichen! Nach den neuesten Abschüssen dürften Stundenlöhne unter 30 M. kaum noch gezahlt werden, so daß für das 4. Quartal Beitragsmarken unter 27 M. nicht mehr zum Versand kommen. Sollten wirklich noch einige Mitglieder zu solchen niedrigen Löhnen arbeiten müssen, so liegt es durchaus im ganz besonderen Interesse dieser Kollegen, einen möglichst hohen Beitrag zu leisten. Zum Beispiel, wenn zur Erämpfung besserer Löhne das letzte Mittel angewandt werden muß, dann ist in heutiger Zeit mit Unterstützungszüssen, wie sie für die höchsten Beiträge geleistet werden können, nur schwer, mit solchen aber, die unter 27 M. geleistet werden, überhaupt nicht auszukommen; besonders wenn sich der Kampf längere Zeit hinzieht. Das werden unsere Kollegen in der Rhein am schmerzlichsten empfunden haben, die kürzlich bei der Firma Reimbach u. Co. in Streik standen. Die in Frage kommende Zahlstelle Roth v. d. Rhein hatte Beiträge von 9 und 13 M. pro Woche. Die Streikunterstützung betrug in diesem Falle bis drei Jahre Mitgliedschaft 18 M. bzw. 26 M. pro Tag. Was soll ein Familienvater mit den paar Mark anfangen? Gätte ein solcher nicht besser getan, statt 13 M. Beitrag einen solchen von 33 M. pro Woche zu zahlen, um statt 26 M. 66 M. pro Tag Unterstützung zu erhalten? Ist es nicht am verkehrten Ende gespart, wenn man, um pro Woche 20 M. zu sparen, im Bedarfsfälle pro Tag 40 M. einbüßt? Es wäre deshalb sehr gut, wenn Verbandsmitglieder, die solche Erfahrungen persönlich gesammelt haben, ihre Meinung über Beitragsleistung im „Steinmetz“ zum Ausdruck bringen

würden. Die erzieherische Wirkung würde sicherlich nicht ausbleiben und zweifellos größer sein, als wenn der Verbandsvorstand immer wieder sein altes Klagegedicht vortragen muß.

Also, im wohlverstandenen Interesse der Kollegen werden unter 27 M. keine Marken mehr verhandelt. Alle Bestellungen auf Marken werden künftig mit den am Orte bestehenden Lohnverhältnissen verglichen und nur dementsprechend erledigt. Wir müssen dem Beschlusse des Verbandstages: „1 Stundenlohn dem Verband!“ mehr als bisher Rechnung tragen und ersuchen alle Verbandsmitglieder, uns in diesem Bestreben zu unterstützen.

Wie schon erwähnt, können wir die Spanne von 2 M. infolge der sprunghaften Steigerung der Löhne nicht aufrecht erhalten. Da wir heute bereits einzelne Orte mit Stundenlöhnen von 100 Mark und darüber haben, so würden wir trotz Abbau der unteren Klassen bis 27 M. immer noch zu viel Klassen und durchaus keine Erleichterung in der Klassenführung bekommen. Es soll deshalb von 55 M. Stundenlohn an die Spannung 5 M. betragen. Um nun aber die Kollegen mit niedrigeren Stundenlöhnen als 55 M. nicht schlechter zu stellen, können wir auch die 2 M. Spanne bis 55 M. nicht aufrechterhalten, sondern müssen gerechterweise je eine Zwischenklasse streichen, um so eine Spanne von wenigstens 4 M. zu erreichen. Unsere Beitragsstaffelung würde sich demnach ab 1. Oktober 1922 wie folgt gestalten:

im Erwerbsofenklasse bei einem Stundenlohn bis	Insgesamt 2 M.	Anteil der Lokalkasse - M.
31 M.	27	5.40
von 31-35 "	31	6.20
" " " 35-39 "	35	7.00
" " " 39-43 "	39	7.80
" " " 43-47 "	43	8.60
" " " 47-51 "	47	9.40
" " " 51-55 "	51	10.20
" " " 55-60 "	55	11.00
" " " 60-65 "	60	12.00
" " " 65-70 "	65	13.00
" " " 70-75 "	70	14.00
" " " 75-80 "	75	15.00
" " " 80-85 "	80	16.00
" " " 85-90 "	85	17.00
" " " 90-95 "	90	18.00
" " " 95-100 "	95	19.00

Die Streifenunterstützung bleibt selbstverständlich im gleichen Verhältnis zu den Beiträgen bestehen, wie sie der Verbandstag beschlossen hat, sie beträgt nach 1-4 Jahren Mitgliedschaft das Zweifache, nach 4-7 Jahren das dreifache, nach 7-10 Jahren das dreifache, über 10 Jahren das dreieinhalbfache des Beitrages für den täglichen Unterstützungsbeitrag.

Auch an den übrigen Unterstützungen wird nichts geändert, d. h. die weitere Erhöhung entsprechend den Beiträgen erfolgt nach den bestehenden Sätzen; zum Beispiel bei Erwerbsofenunterstützung bei einem Wochenbeitrag von

43 M. pro Tag	21.-M. Unterstützung
47 "	23.00
51 "	25.00
55 "	27.00
60 "	29.50
65 "	32.00
70 "	34.50
75 "	37.00

Wie aus vorstehenden Tabellen zu ersehen ist, handelt es sich nicht um Abänderungen des Statuts, sondern nur um eine bessere Anpassung an die durch die Teuerung bedingten Steigerungen der Stundenlöhne, so daß Einwände dagegen kaum gemacht werden können.

Wenn nun diese Neuregelung unserer Beitragsleistung ihren Zweck erreichen soll, bedürfen wir der tatkräftigen Unterstützung der Zahlstelleneinrichtungen, besonders der Kassierer. Es muß eine möglichst einheitliche Beitragsleistung in den Zahlstellen angestrebt werden! Kleine Differenzen in den Stundenlöhnen können und müssen begünstigt des Beitrages unberücksichtigt bleiben, schon im Hinblick auf eine gleich hohe Unterstützung bei Streiks. Es kann nicht jedes Mitglied eine Beitragsklasse für sich beanspruchen.

10, 15 und auch 20 M. Beitrag mehr oder weniger im Wochenlohn eines vollbeschäftigten Arbeiters bedeutet heute nichts. Ein Glas Bier kostet bereits 20 M. Also ein Glas Bier pro Woche weniger getrunken und den Betrag für Beitrag verwendet, bringt bei Streik pro Tag 40 bis 70 M. mehr Unterstützung. Verschündigt sich ein Familienvater nicht an seiner Familie, wenn er am Verbandsbeitrag sparen will?

Bei richtiger Würdigung der heutigen Verhältnisse müßte es in den meisten Zahlstellen möglich sein, mit einer, höchstens zwei Klassen auszukommen. Und was brächte dies den Verbandsfunktionären in den Zahlstellen wie in der Zentrale für Erleichterungen? Es würden nicht zuletzt noch Ersparnisse an Verwaltungskosten gemacht werden können. Hoffentlich ist diese Mahnung nicht umsonst.

Um nun die Abrechnung vom 3. Quartal zu erleichtern, ersuchen wir die Zahlstellenkassierer, schon jetzt alle Marken, die nicht mehr gebraucht werden, unter Angabe der Anzahl von jeder Sorte an die Hauptkasse zurückzusenden! Durch eine regelmäßige pünktliche Rückführung der überholten Beitragsmarken wird es uns auch möglich gemacht, bereits im Laufe des Quartals den eingetretenen Lohnerhöhungen entsprechend, höhere Beitragsmarken zu liefern. Mach es sich deshalb jeder Kassierer zum Grundsatz, bei Bestellung höherer Klassenklassen gleich die alten mit einzusenden. Rückstände müssen mit den neuen Marken nachgeholt werden. Ein gutes Mittel zur Erziehung pünktlicher Beitragszahler!

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß von der Hauptkasse den Zahlstellen in nächster Zeit neue Formulare für das Wertzeichenkonto übersandt werden zum Einheften in das Kassienbuch, damit das erhaltene und bezahlte Material übersichtlicher registriert werden kann.

Verbandsmitglieder, Kassierer und Zahlstelleneinrichtungen! Nun arbeitet auf eine Beschränkung der Beitragsklassen, und mögliche Vereinfachung der Beitragsleistung in den Zahlstellen hin; Ihr entlastet Euch und dient damit den Kollegen, indem Ihr ihnen eine entsprechende Unterstützung für kommende Kämpfe sichert!

Zur Teuerungfrage.

II.

Die Einschränkung der entbehrlichen Einfuhrposten der deutschen Wirtschaft wäre bereits hinreichend, um unsere passiv Handelsbilanz in eine aktive zu verwandeln, und ein scharfer Kampf gegen Luxus, Verschwendung und Schlemmerei würde dazu beitragen, den Verbrauch mit der heimischen Produktion in Einklang zu bringen. Aber der Sturz der deutschen Mark ist nur zum geringsten Teil durch das Mißverhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr hervorgerufen. Die Hauptursachen liegen in dem ungeheuren Ueberangebot von Papiermark und dessen Verschärfung durch Spekulation und Warenhamsteri. Die schwebende Schuld des Reichs beträgt zur Zeit 316,2 Milliarden Mark, wovon die Reichsbank 293,6 Milliarden Mark übernommen hat. Am 23. August d. J. befanden sich 224,6 Milliarden Mark Reichsschatkassenscheine in ihrem Besitz. Vom 23. Juni bis 23. August d. J. nahm die schwebende Reichsschuld um 25,6 Milliarden Mark zu. Die Höhe der im Umlauf befindlichen Papiermark wird auf 130 Milliarden Mark angegeben, während der Betrag des umlaufenden Papiergeldes 227,6 Milliarden Mark betragen soll. Trotzdem besteht ein Geldmangel in solchem Maße, daß die Reichsbank sich zur Erhöhung des Wechselkurses von 7 auf 8 v. H. genötigt sieht. Namhafte Großbetriebe konnten Mitte August ihre fälligen Löhne nicht auszahlen, weil es an Zahlungsmitteln fehlt. Die fortwährende Geldentwertung zwingt zu immer erneuten Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie Preiserhöhungen, und der im Geschäftsbetrieb sich einbürgernde Modus der Voraus- und Vorzahlung macht größere flüssige Geldbestände erforderlich. Auch das Reich bedarf größerer Mengen an Geld, um seinen Verpflichtungen als Reparationsschuldner und als Arbeitgeber von Beamten, Arbeitern und Angestellten zu genügen. Es behilft sich mit dem Druck neuer Geldnoten. In der Woche vom 8. bis 15. Juli hat die Reichsbank für 6,3 Milliarden Mark neuer Zahlungsmittel herausgegeben, um den gesteigerten Bedarf an Bargeld und Krediten zu befriedigen. Angesichts des

neuen Marksturzes, der naturgemäß neue Preissteigerungen, Lohnbewegungen und neuen Geldmangel nach sich zieht, erhebt sich immer riefenhafter und unausweichlicher die Frage: Was kann geschehen, um unsere Währung nicht noch wertloser werden zu lassen, sondern ihren Sturz aufzuhalten?

Durch neuen Notendruck kann die Katastrophe nicht abgewendet werden. Wir würden damit nur um so schneller den Weg gehen, den Deutschland reich und vorangehend ist, und der bei dem Währungssturz von Sowjetrußland endet, wenn man in letzterem schon ein Ende erkennen kann. Man würde statt der Tausendmark-Noten bald die Zehntausendmark-Noten und nicht weit davon die Hunderttausendmark-Noten verallgemeinern und bei den Jahresereignissen des Arbeiters oder Angestellten zu astronomischen Ziffern kommen, deren Höhe in krassem Gegenatz zu ihrem inneren Werte steht. Will man dieser Voraussicht entgegenwirken, so muß die Notenpresse stillgesetzt und mit dem Abbau der ungedeckten Papiergeldwirtschaft begonnen werden. Das ist natürlich viel leichter gesagt als getan. Ein Sechzigmillionenvolk will und muß leben, und wenn es ihm dazu an Geld fehlt, so verlangt es solches, unbefürchtet um die Folgen. Die Reichsregierung kann sich diesem Druck schwerlich entziehen. Die plötzliche Einstellung der Notenpresse würde zu schweren Wirtschaftskrisen und politischen Unruhen führen, die vermieden werden, so lange die Bevölkerung das verschlechterte Geld willig aufnimmt. Aber diese Aufnahmefähigkeit ist heute nahezu erschöpft. Die sogenannte Flucht der Papiermark in ausländische Devisen und in Sachwerte, die Warenhamsteri zu jedem Preis ist nichts anderes als die Unlust, deutsches Papiergeld anzunehmen und dessen Entwertung mitzumachen. Das Vertrauen zur deutschen Währung ist beim deutschen Volke selbst in so erheblichem Maße erschüttert, daß keine Ermahnung dagegen mehr aufkommen kann. Ein wahnwütiger Warenhunger hat weite Bevölkerungskreise erfaßt. Die Furcht, angesichts der zu erwartenden Preiserhöhungen zu spät zu kommen, reißt den Verkäufer die Ware aus der Hand und hilft die Preise noch rascher in die Höhe treiben. Nicht bloß notwendige, sondern selbst entbehrliche Dinge werden gekauft, weil sie immer noch mehr wert scheinen, als das Papiergeld, das man dafür hingibt. Aber auch der Handel und die Erzeuger wollen nichts mehr von der Papiermark wissen. Sie fangen bereits an, die Preise in Gold zu berechnen und Goldwährung, d. h. ausländische Zahlungsmittel höherer Valuten zu fordern. Die Fabrikanten liefern nur gegen Dollars, Pfunde, Kronen, Gulden oder Franken, und selbst der Inlandshandel gewöhnt sich nachgerade daran, Devisen zu verlangen. Das steigert natürlich die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln gewaltig und weit über den natürlichen Bedarf hinaus und muß den Sturz der Mark beschleunigen. Schließlich ergibt sich für die deutsche Bevölkerung überhaupt die Unmöglichkeit, noch etwas zu kaufen, weil sie keine Devisen bekommen kann, und nur Ausländer und solche, die gegen Devisen produzieren oder verkaufen, können sich noch den Luxus erlauben, gegen bar einzukaufen. Den Rest bildet ein Tauschhandel, in dem unter Umgehung der geachteten Papiermark Sachgüter gegen Sachgüter eingetauscht werden. Vielleicht kommen wir damit dem Ideal der geldlosen Wirtschaft näher, von dem manche Weltverbesserer eine neue wirtschaftliche Zukunft erhoffen. Ob eine solche Tauschwirtschaft aber wirklich bessere Verhältnisse bringt, ist sehr zweifelhaft. Jedenfalls ist aber eine weitere Steigerung unserer Papiergeldwirtschaft absolut unerträglich, und es muß der Versuch gemacht werden, davon loszukommen.

Es gibt unseres Wissens zwei Möglichkeiten dazu: die eine liegt auf dem Wege einer ausländischen, die andere auf dem einer inländischen Goldanleihe. Zur Verwirklichung der ersteren gehört freilich das Vertrauen des Auslandes, das uns ja soeben, wie der Marksturz beweist, ein so deutliches Mißtrauensvotum erteilt hat. Aber gerade dieses Mißtrauensvotum hat auch seine zwei Seiten; es richtet sich ebensosehr gegen die Deutschland zerstörende Ententepolitik, wie gegen deren Opfer, und beschleunigt die allgemeine Erkenntnis, daß diese Politik zum sicheren Ruin nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas führen muß. Ob diese Erkenntnis früh genug kommt und ob sie wirksam genug ist, eine Aenderung dieser uns feindlichen Politik zu erzwingen, — ob man uns das zu einer Samierung unserer Währung erforderliche langfristige Moratorium so bald gewähren wird, daß es uns noch wirk-

Rochlitzer Porphyr.

In der „Baugewerkszeitung“ Nr. 36 veröffentlicht Dr. R. Zinck eine interessante Abhandlung über den Rochlitzer Porphyr des Rochlitzer Berges im Volksstaat Sachsen. Die Baugewerkszeitung schreibt sogar „im Königreich Sachsen“, ob es nun ein Lappus oder gar Absicht ist, wollen wir dahingestellt sein lassen. Die Abhandlung über den in Steinarbeiterkreisen sehr bekannten Werkstein leidet jedenfalls darunter nicht, wir geben sie mit Erlaubnis der „Baugewerkszeitung“ hier wieder:

Dort, wo das sächsische Hügelland übergeht in das dem Erzgebirge vorgelagerte Plateau des mittelsächsischen Granulitgebirges, erhebt sich an der Zwidaauer Mulde der 350 Meter hohe Rochlitzer Berg. Von dem auf ihm einem königlichen Naturfreunde zu Ehren errichteten steinernen Friedrich-August-Turm aus hat man einen köstlichen Rundblick über Ebene und Hügelland bis zum Gebirge hinauf; schaut man aber vor sich hin in die Tiefe, so hat man ein unaussprechliches Bild von Gebirgsromantik vor sich, das an die Bergwelt der Sächsischen Schweiz erinnert. Man blickt in die Porphyrrüchse des Berges, aus denen auch der Aussichtsturm entstanden ist. Diese Brüchle, große, bis zu 50 Meter tiefe Kessel, in welche die Arbeiter auf Stufen oder Leitern einsteigen, und aus denen das Fördergut durch Krane herausgezogen wird, bringen in die breite Hochfläche eine Gliederung, durch die die landschaftliche Reize des mit schönem Nadel- und Buchenwald bedeckten Berges noch erhöht werden, vor allem auch deshalb, weil zwischen den noch in Betrieb befindlichen Brüchlen hochaufgeschüttete, von Him- und Brombeergerant umponnene Halben und verfallene Brüchle liegen, in denen zwischen Buchstrümmern und üppigem Gesträuch schone Waldbögel umherhuschen, und aus denen hier und da ein stilles, tiefes Wasserchen wie ein grünes Auge hervorlugt.

Wir stehen hier oben auf interessantem geologischen Boden. Ohne Zweifel ist der Rochlitzer Berg ein jetzt stark erniedrigter Vulkankegel, der in der Zeit des Alttertiärs der Erde seine feuerflüssigen Massen ergoß und seinen Aschenregen ausprühte. Auf einer Platte von Quarzporphyr hat sich eine etwa 80 Meter mächtige Ablagerung solcher vulkanischen Aschenmaterialien gebildet, ein Porphyr, der früher meist als Rochlitzer Sandstein, Stein oder „Marmor“ bezeichnet wurde und jetzt in der Industrie gewöhnlich Rochlitzer Porphyr genannt wird. Er sieht leicht fleischrot, zuweilen auch violett aus, ist stark porös, kleinstörnig und kleinstüchtig, enthält in einer rötlichen, kieselig-tonigen Grundmasse zahlreiche kleine, runde Quarze und meist kaolinisierte Feldspate, vereinzelt auch schwarze Wältchen von Magnesia eingebettet, und umschließt zahllose bräunliche oder bläuliche Lapilli und stellenweise auch Porphyrrugeln. Charakteristisch sind dem Gestein, das weder in Sachsen noch sonst in Deutschland feingeschiebt hat, die ziegelroten bis weißen schmalen, selten bis fingerbreiten Adern, Risse, die im wesentlichen parallel, aber auch durcheinander laufend, meist durch Hornstein oder Steinmark ausgefüllt sind und dem Zusammenhang und der Festigkeit des Gesteins keinen Abbruch tun.

Die Gewinnung des Steines, dem eine gute „bankförmige Gliederung“ fehlt durch das sogenannte „Auslösen“ oder „Schämarbeit“, eine überaus schwierige, zeitraubende Arbeit, ist, wie Spuren an alten Bauten noch zeigen, eine allüberlieferte, nur daß sie seit die Besitzer der jetzt noch in Betrieb befindlichen Brüchle sich zu der Gesellschaft M. v. S. „Vereinigte Porphyrrüchse auf dem Rochlitzer Berge“ zusammengeschlossen haben, rationaler als früher abwickelt, indem neben Handbetrieb auch Maschinenbetrieb getreten ist. Auch die Bearbeitung des Steines geht jetzt in großzügiger Weise vor sich. Seit 1903 ist in nächster Nähe des halben Stunde von den Brüchlen entfernten Eisenbahnhaltepunktes Breitenborn ein großer Steinbruchplatz mit Steinsägewerk, Steindreherei und Gleisanschluß angelegt worden. Die Bearbeitung wird am besten im bruchfeuchten Zustande des Gesteins vorgenom-

men, und zwar mit denselben Werkzeugen, deren man sich bei anderen „weichen“ Steinen bedient. Geblätet wird der Rochlitzer Stein meist noch mittels Abreibens mit Pirnaer Sandstein. Politur vermag er nicht anzunehmen; doch wird er bei seiner Verwendung zu Innenarchitektur (Raminen, Verkleidungen, Säulen, Türumrahmungen) dann und wann noch mit Wachs behandelt, damit er sein schönes, bruchfrisches Aussehen behält und die interessante Aderung sich von dem roten Grundton effektiv abhebt.

Die Verwendung des Porphyrs ist uralt. Der rührige Forscher zur Rochlitzer Ortsgeschichte, Professor Dr. Pfau, hat in bronzzeitlichen Gräbern der Umgegend vorzüglich gearbeitete Getreidemahlsteine aus Porphyr gefunden. In ausgiebigster Weise wurde der Stein schon im 10. und 11. Jahrhundert als Werk- und Baustein zu Kirchen, Schloß- und Burgenbauten in der näheren und weiteren Umgebung verwendet. Seine Blütezeit fällt aber in die romanische und gotische Periode. Aus der großen Zahl romanischer Kirchenbauten zu Seithain, Wurzen, Altenburg, Leipzig, Zwida u. a., zu denen die Brüchle Material geliefert haben, muß ganz besonders die 1174-1184 erbaute Augustinerklosterkirche Zschillen, die jetzige Schloßkirche zu Wechsburg bei Rochlitz, hervorgehoben werden. Sie ist eines der schönsten Zeugnisse für die architektonische Verwendbarkeit des Porphyrs. Künstler haben ihn hier in Säulen, Portalen, am Altar und an der Kanzel zu prächtigen Skulpturen verarbeitet, und in bewundernswürdiger Weise sind dem festen, grobkörnigen Baustoff die härtesten und feinsten Formen abgerungen worden, und diese, selbst dünne, freistehende, der Witterung ausgesetzte Blattziele, sind heute noch tadellos erhalten. Ein anderer großer Meister hat die im gotischen Stile erbaute Rochlitzer Minoritenkirche mit ihren mit Figuren und allerlei Maßwerk reich ausgestatteten Chorbau geschaffen, um aus der Fülle der gotischen Kirchen- und Klosterbauten aus Rochlitzer Stein nur einen der bedeutendsten herauszuheben. Mehr und mehr nahm seit dem 13. Jahrhundert seine Verwendung zu Profanbauten zu, die Burgen und Schlösser zu Rochlitz, Rochsburg, Mügeln, Lichtenwalde, Waldenburg, Eilenburg, Kriebstein, Sachsenburg, Altenburg u. a. m., die heute noch Sturz und Wetter tragen und einen hohen landschaftlichen Schmuck bilden, wissen viel davon zu erzählen. Im 16. Jahrhundert scheint der große Leipziger Baumeister Hieronymus Poser eine große Vorliebe für den Rochlitzer Porphyr gehabt zu haben. Er hat ihn an der Leipziger Weisburg, der Augustusburg und dem Leipziger Rathaus verwendet, und bei dem Umbau dieses Schmuckstückes der Renaissance (1906) ist in feinstniger Weise diesem Umstande durch weitestgehende Verwendung gleichen Materials Rechnung getragen worden. In dem gleichen Zeitabschnitte und später waren viele Städte Westsachsens Abnehmer in Porphyr für ihre neuen steinernen Rathäuser und andere öffentliche Gebäude; städtische Privatbauten, z. B. das Fürstenthaus in Leipzig mit seinen prachtvollen Erkern, viele Herrenhäuser der alten Ritteritze in der Rochlitzer Pflege, Mühlen und Bauerngüter kamen hinzu, und schließlich sind im 16. Jahrhundert auch die meisten Porphyrrüchle der Umgegend über die beiden Mulden (Rochlitz, Golditz, Grimma, Reitznig), die Zschopau, Wylra und ihre Wälder entstanden. So hat das Gestein in der Baugeschichte Westsachsens von altersher eine äußerst wichtige Rolle gespielt, und einzelne der aus ihm geschaffenen Bau- und Kunstwerke nehmen einen hervorragenden Platz in der deutschen Kunstgeschichte ein. Aber auch viele andere Dinge sind früher aus ihm hergestellt worden. Ganz bedeutend war bis in die Neuzeit hinein die Mühlenindustrie. In der weiteren Umgebung von Rochlitz bis nach Leipzig, Altenburg usw. trifft der Wanderer auf alte Mord- und Sühnekreuze aus Porphyr; rote Wegweiser und Postkassen weisen ihm Weg und Steg, rote Grenzsteine trennen die Gemarkungen. Selbst häusliche Wirtschaftsgegenstände, wie Gewichte, Normalmaßfessel, Gegenstände der Körperpflege, wie Krangelsäulen und Schandstücken, wurden aus ihm gewonnen, und mit Geschützkegeln aus Porphyr

wurde oft eingeschossen, was auch Rochlitzer Stein erbaut worden war.

Seit der Zeit des Dreißigjährigen Krieges war naturgemäß ein Rückgang in der Benutzung des Rochlitzer Porphyrs zu verzeichnen, und die moderne Kunststeinindustrie hat ihm wie anderen „gewachsenen“ Gesteinen auch viel Konkurrenz gemacht, über seine hervorragenden Eigenschaften im Verein mit dem Bestreben der Gesellschaft, jederzeit gutes Material und tadellose Arbeit pünktlich zu liefern, haben seit der Mitte des 19. Jahrhunderts seine Verwendung immer mehr gesteigert, sowohl in der Außen- als auch in der Innenarchitektur, nicht nur in Westsachsen, sondern auch bis nach Süddeutschland und an die Küsten der Nord- und Ostsee. Nicht nur in Leipzig wird er wieder mit Vorliebe benutzt, sondern auch nach Danzig, Wien und anderen großen Städten, ganz besonders nach Berlin und Hamburg haben die Brüchle zu vielen Nutz- und Kunstbauten, vornehmlich auch zu großen Geschäftshäusern Material geliefert. Alte Chronisten wie hervorragende Architekten der Neuzeit rühmen an dem Rochlitzer Stein, was das Alter so vieler aus ihm geschaffener Kunstwerke predigt, was dem Beschauer dieser immer wieder vor die Augen tritt, was der bekannte Münchner Professor Emanuel von Seidl an ihm hervorhebt: seine hervorragende Gleichmäßigkeit, Geschlossenheit und Wetterbeständigkeit, seine reizvolle Farbe und Patinierung. Der Leipziger Kunstschriftsteller Dr. Biermann nennt ihn ein edles lebendiges Material, das in seiner Tonfülle kaum hinter dem Marmor von Carrara zurücksteht.

Schon die alten Baumeister der romanischen Zeit wußten mit dem Steine treffliche farbige Wirkungen durch Zusammenstellung mit anderen Gesteinen zu erzielen, und unsere Architekten wandeln vielfach in gleichen Bahnen. Ganz besonders wirkungsvoll hebt sich der warme rote Ton gegen das frische Grün der Natur ab; deshalb hat man den Stein seit ältesten Zeiten bis heute auch gern zu Grab- und Denkmälern benutzt.

Weichheit.

Weichheit ist gut an ihrem Ort,
Aber sie ist kein Lösungswort,
Kein Schild, keine Klinge und kein Griff,
Kein Panzer, kein Steuer für dein Schiff.
Du ruderst mit ihr vergebens.
Kraft ist die Parole des Lebens:
Kraft im Zuge des Strebens,
Kraft im Wagen,
Kraft im Schlagen,
Kraft im Behagen,
Kraft im Entsagen,
Kraft im Ertragen,
Kraft bei des Bruders Not und Leid
Im stillen Werke der Menschlichkeit.
Fr. Theod. Fischer (Christliche Gesänge).

Nichts unzeitig!

Nichts unzeitig! Nichts gewaltfam!
Unabhängig, unaufhaltbar,
Ungewaltig naht die Zeit.
Torenwerk, ihr wilden Knaben,
In dem Baum der Zeit zu rütteln,
Seine Last ihm abzutreiben,
Wenn er erst mit Blüten prangt!
Laßt ihn seine Früchte reifen
Und den Wind die Äste schütteln!
Selber bringt er auch die Gaben,
Die ihr ungestüm verlangt.
(Chamisso.)

lich hilft, läßt sich noch nicht sicher voraussagen. Ohne Moratorium ist kein Auslandskredit und keine Goldanleihe zu erwarten, — das hat die Bankierkonferenz uns mit nüchternen Deutlichkeit zu verstehen gegeben. Wird uns aber auf Grund eines mehrjährigen Moratoriums eine Goldanleihe gewährt, so ermöglicht diese einen Teil der ungedeckten Papiergeldnoten gegen gedeckte Schatzanweisungen einzutauschen, den Markkurs zu befestigen und eine sichere Grundlage für eine weitere Sanierung der Währung zu gewinnen.

Verzagt diese Hoffnung auf Moratorium und Auslandshilfe, so bleibt als letztes Mittel nur die Mobilisierung der inneren Sachwerte übrig, die als Deckung für eine Goldanleihe heranzuziehen wären. Inwiefern die Reichsbank aus ihrem letzten Goldbestand dazu beitragen kann, eine solche Aktion einzuleiten oder zu unterstützen, bedarf besonderer Erwägungen. Jedenfalls ist es nicht zu umgehen, in der Zeit der äußersten Not auch auf das deutsche Sachvermögen in stärkerem Maße, als es durch das Zwangsanzleihegesetz vom Frühjahr 1922 geschehen ist, zurückzugreifen. Damals glaubte man sich mit einer Goldmilliarde begnügen zu können, deren Wert überdies gleich 73 Papiermilliarden gesetzt wurde. Heute, wo diese 73 Papiermilliarden bei weitem noch nicht eingehoben sind, bedeuten sie angesichts des August-Marksturzes nur noch ein Fünftel Goldmilliarde. Das private Sachvermögen kann also heute eine weit höhere Belastung tragen und darf sich der Verpflichtung, in wicklichen Goldwerten einzuführen, nicht entziehen. Die Kapitalistenkreise werden natürlich die größten Schwierigkeiten machen. Weigerte sich das Unternehmertum doch sogar, trotz seiner enormen Goldgewinne bei der Ausfuhr in die Erhöhung der Ausfuhrabgaben einzuwilligen. Aber wenn die Regierung nur die nötige Festigkeit zeigt, und sie kann es, da die Gewerkschaften sie dabei ausnahmslos stützen, so wird sie eine solche Sanierungsmaßnahme durchsetzen. Eine andere Rettung gibt es nicht für sie — es bleibt ihr also keine Wahl mehr.

Mit der Bindung des Papiermark-Angebots durch Stilllegung der Notenpresse und Ausgabe gedeckter Schatzanweisungen ist aber nur der erste Schritt zur Sanierung unserer Währung getan. Um die Wirkung dieser Maßnahme zu vervollständigen, bedarf es weiterer Schritte gesetzgeberischer wie wirtschaftlicher Natur. Der Gesetzgebung obliegt es, den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken und unter strenge Aufsicht zu stellen. Dazu gehört ein Verbot, beim Inlandsverkehr in ausländischer Währung zu berechnen und mit ausländischen Devisen Spekulation zu treiben. Eine Monopolisierung des Devisenhandels wird kaum durchführbar sein, denn hätte die Regierung dazu die Macht, so hätte sie in der Zeit den Geldmarkt in der Hand. Aber strenge Kontrollen und Strafen sichern bis zu einem gewissen Maße ebenfalls gegen solchen Mißbrauch. Ferner ist es notwendig, der Samstags- und Sonntagswaren zu steuern, indem die bewährten Rationierungsmaßnahmen der Kriegszeit wieder eingeführt werden. Dies gilt für Lebensmittel, Kleidung, Schuhe und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs. Ob man der Papiermark im Inland einen gewissen Zwangsstatus auferlegt, der von Monat zu Monat festgesetzt bzw. nachgeprüft wird, bedarf der eingehendsten Untersuchung. Gewiß ist zu befürchten, daß die Ware sich vor der mit Zwangsstatus ausgestatteten Papiermark verbirgt. Demgegenüber gibt es zwei Wege: Beschlagnahme und Mehrerzeugung. Durch erstere wird man eine Verjüngung der Bevölkerung mit dem Notwendigsten zu Höchstpreisen erzwingen müssen, um überhaupt wieder zu erträglichen Preisverhältnissen zu gelangen. Wenn sich aber auf die Dauer ein Mißverhältnis zwischen dem Angebot von Waren und dem Angebot an Zahlungsmitteln ergibt, so helfen alle Zwangsmaßnahmen nichts dagegen, daß zu wenig Sachgüter vorhanden sind, und es bleibt nur übrig, das Angebot der letzteren durch Mehrerzeugung zu erhöhen. Es bedarf kaum des Hinweises, daß dies ganz erhebliche Umstellungen der gesamten heimischen Wirtschaft erfordern wird: Einschränkung von Luxus-erzeugung, Verwindung der Rohstoffe für die Herstellung lebensnotwendiger Dinge, Befestigung leistungsschwacher Betriebe, Konzentration der Produktion, Normalisierung und Typisierung usw., also Einführung einer planmäßig geleiteten Wirtschaft an Stelle der freien Wirtschaft mit allen ihren Auswüchsen. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterorganisationen sich der Aufgabe, die Warenerzeugung systematisch zu vermehren, nicht entziehen werden. Sie werden aber auch dafür sorgen, daß dies nicht lediglich auf Kosten der Arbeitnehmer durch Steigerung der Ausbeutung geschieht, sondern durch Ausschaltung aller produktionshemmenden und -verzerrenden Ursachen.

Überblickt man die Möglichkeiten einer Rettung vor der drohenden Valutakatastrophe, so kommt man zu dem Resultat, daß sie alle in der Richtung der Rückkehr zu einer gewissen Zwangswirtschaft, zur wirklichen Gemeinwirtschaft liegen. In der Tat bedeutet die deutsche Valutakatastrophe nichts anderes als den Zusammenbruch der vielgerühmten freien Wirtschaft, zu der das Unternehmertum in Handel, Industrie und Landwirtschaft nicht schnell genug zurückkehren konnte. Die Lören glaubten sich vom dem Schicksal des Reichs unabhängig zu machen und auf eigene Faust auf dem Weltmarkt besser zu handeln. Mit Scheffeln wollten sie die Gewinne erkrassen, aber ihre Mäße erwiesen sich durchlöchert wie das Faß der Danaiden. Die deutsche Wirtschaft kann nicht gefunden, wenn das Reich nicht auf eine gesunde Grundlage gestellt wird, und das Reich wird sich ohne fremde Hilfe nicht wieder auftraffen können, wenn es von seinen eigenen Angehörigen schände im Stich gelassen wird. Deutsche Volkswirtschaft kann in solchen Stunden nur planmäßige Gemeinwirtschaft sein, und um eine solche durchzuführen, müssen alle wirtschaftlichen Kräfte des Volkes zusammenstehen und sich zu gemeinsamer Arbeit verständigen. Wo es an der Einsicht oder dem guten Willen dazu mangelt, wird der Zwang nachzusehen haben, denn das Volk will leben und wird seine Lebensnotwendigkeiten nicht mit Füßen treten lassen!

(Korrespondenzblatt des ADGB, Nr. 34.)

Vertliche Verbandsangelegenheiten.

Aus den Mitgliederkreisen sind aus Anlaß der Vorkommnisse, die im „Berliner Brief“ Nr. 35 und 36 des „Steinarbeiter“ geschildert wurden, der Schriftleitung mehrere Zuschriften als Einwendungen zum Abdruck übermittelt worden. Alle diese Zuschriften, mit einer Ausnahme, verlangen, daß der Verbandsvorstand eingreift und von sich aus den Steinmetz Holzfallers ausschließt. Ja, man ist in allen Zuschriften sehr verwundert, daß eine Zahlstelle wie Berlin nicht schon längst zu den Maßnahmen des Ausschlußantrages geschrieben ist. Diese Verwunderung hat, wenn die Schilderungen des „Berliner Briefes“ zugrunde gelegt werden, ohne weiteres ihre Berechtigung. Vorläufig ist es jedoch eine rein örtliche Angelegenheit, die in der Zahlstelle selbst zur Erledigung kommen muß. Der Verbandsvorstand hat augenblicklich gar keine Ursache, einzugreifen und etwa Märtyrer zu schaffen, auch keine Eingebildeten; er wird eingreifen, wenn die Verhältnisse es geboten erscheinen lassen. Man kann einer Zahlstelle wie Berlin wohl die Entscheidung überlassen, auch hat der Vorstand die Auffassung, daß die unterschiedliche politische Einstellung der Berliner Kollegen, ihrer Mehrzahl nicht den Blick trüben wird, um zu entscheiden, daß Verfehlungen und Verstöße gegen Solidarität und Kollegialität auch dann Verfehlungen und Verstöße bleiben, wenn der Betreffende, dem solche nachgewiesen werden, der kommunistischen Partei angehört! Diese Probe wird die Zahlstelle Berlin erbringen. — Wir haben eingangs auf die Zuschriften verwiesen und bemerkt, daß eine Ausnahme vorliegt. Diese Ausnahme stammt von einem Berliner Kollegen, dessen Name im „Berliner Brief“ Erwähnung fand. Die Schriftleitung glaubt deshalb, daß diese gegenseitige Anschauung ebenfalls zum Abdruck kommt, ohne damit über die Angelegenheit Holzfallers etwa eine Einseitigkeit im „Steinarbeiter“ zuzulassen. Der Einwender, Kollege Burde, vertritt nun leider die Angelegenheit anders aufzufassen und ihr ein politisches Mäntelchen umzubringen. Das werden auch die Kollegen, die beides eingehend prüfen, sofort herausfinden!

Zur übrigen haben die Verbandsmitglieder ja ihre eigene Urteilskraft. Die Mehrheit wird sicherlich mit uns der Auffassung sein, daß in der Sache für die Öffentlichkeit mit der heutigen Einseitigkeit Schluß gemacht wird. Der Raum unserer Zeitung ist zu wertvoll für die Gesamtheit, um eine vorläufig rein örtliche Angelegenheit vor dem Gesamtforum auszutragen.

Eine Antwort auf den Berliner Brief.

Alles was von Berlin kommt, taugt nichts. Die Kollegen taugen nichts, die Zahlstelle taugt nichts und der Artikelschreiber, der den Berliner Brief verbrochen hat, taugt erst recht nichts! Nach den Artikeln kann kein Kollege anderer Meinung sein. Wenn eine Zahlstelle auf dem Spiele stehen soll wegen eines Kollegen, dann würde obiges Wort zutreffen. — Ist nun alles so, was der Kollege M. schreibt? Es sieht mit der Wahrheit doch wesentlich anders aus, sonst hätte man den Kollegen Holzfallers schon längst aus der Organisation getrieben. Ich kann nicht annehmen, daß der Gaulleiter, denn Genannter kann nur diese Briefe geschrieben haben, so schlecht von allem unterrichtet war, daß er jetzt erst damit herandrückt. Gehören Familienangelegenheiten, um Meinungsverschiedenheiten auszutragen, in die Organisation? Dieses hätte der Artikelschreiber unter allen Umständen vermeiden müssen. Die erhoffte Wirkung wird um so größer, wenn er 15 Jahre und noch länger zurückgreift. Ein jeder Kollege sollte einmal in den Spiegel sehen und dann wird er sagen müssen: „hab auch schon gesündigt.“ Mit allen Verfehlungen, die M. angibt, hat eine Vorstandsbesprechung sich beschäftigt. Oder sollte es so sein, daß es der Artikelschreiber in seinem Wahn wahrte, bis er diesen verhassten Gegner endlich glaubte mundtot zu machen? Sind die Kollegen, welche im Vorstand sitzen, so auf Seiten Holzfallers, daß sie kein einwandfreies Urteil haben? Wer die Besetzung des Vorstandes kennt, wird auch wissen, daß die meisten Kollegen Gegner von M. sind. Es ist mir in der ganzen Angelegenheit vieles unklar. Um gewerkschaftliche Verfehlungen handelt es sich nicht (?), sondern weil M. der kommunistischen Partei angehört, will man ihn aus der Organisation treiben (?). Die Annahme meiner Gründe bestätigt auch der Kollege M. im zweiten Brief zum Schluß, wo er die „rote Fahne“ zitiert, um nur Verfehlungen an den Haaren herbeiziehen zu können. Die Geschichte mit der KAP ist natürlich auch anders, als es M. beliebt zu schreiben. Ich werde es jetzt in der Öffentlichkeit tun, sonst geht man hier noch länger damit freiben. M. war bei genannter Partei, diese hatte die Parole ausgegeben, daß kein Mitglied zu der Demonstration vor dem Reichstag hingehen darf. Es stand das Betriebsrätegesetz zur Beratung. Warum diese Partei sich davon fernhielt, haben wir zum Schluß, als viele Arbeitsschreiber auf der Straße blieben. Kann dem Kollegen M. ein Vorwurf als Parteiangehöriger entfallen? Um Gründe zu haben, führt M. natürlich auch die Kommissionsbildung an. Vor der Sitzung sollen wir uns schon auf Beschlüsse festgelegt haben. (Ich gehöre auch zu der Partei, welche M. mit Sorte bezeichnet, werde mir meine Überzeugung auch nicht nehmen lassen.) An keiner solchen Fraktionsbildung habe ich teilgenommen, erklärte auch dieses noch während der Sitzung. Dennoch trat ich dem Antrag, der vom Kollegen M. gestellt wurde, entgegen, der besagte, daß auch Fälle, die länger zurückliegen, in Betracht zu ziehen sind. Mit den letzten Angelegenheiten, gleichviel wie sie ausgefallen, waren wir mit einverstanden. Ein bürgerliches Gericht verurteilt jemand, und wenn er seine Strafe abgerummt hat, ist die Sache erledigt. Kein Mensch wird späterhin sagen: „Weil du ein Verbrecher warst, mußt du ausgeschlossen werden.“ Anders sieht es in den Gewerkschaften aus (?). Da sucht man Jahrzehnte zurück, um nur Material gegen eine Richtung zu haben (?). Verschiedene Gewerkschaftsangehörige handeln demnach noch erbärmlicher als die bürgerliche Gerichtsbarkeit (!). Die Organisation wird sich, und das hoffe ich, einen solchen Standpunkt nicht aneignen. Bei Streikbrechern scheuen wir uns nicht, sie in unseren Reihen aufzunehmen. Wir gehen davon aus, daß er uns dann nicht mehr schädigt. Wir machen ihn auf sein schlechtes Verhalten aufmerksam und überzeugen ihn eines Besseren. Kollegen aber, die jahrelang organisiert sind, wirft man raus, weil sie eine andere politische Überzeugung haben (?). Auch in der Kommission, die über M. urteilen sollte, sah man recht fragwürdige Gestalten, die auch schon Streikbrecher waren und noch schädlicher (?). Ich werde dieses auch aufheben, genau so, wie es Kollege M. getan. Genau so, wie man schlechte Menschen oder „Sorte“, wie es nach dem Kollegen M. heißt, überzeugt, so soll man es auch machen im Falle M. Daß dieser nun in Wirklichkeit so schlecht ist, wie der Artikelschreiber angibt, kann nicht sein, sonst würde sich der größte Betrieb in unserer Branche in Berlin hüten, dem Kollegen M. ein Vertrauensvotum auszuweihen. Daran verpuffen solche Kläffer, die es versuchen, diese „Sorte“ in einem anderen Licht erscheinen zu lassen.

Nun Kollegen, keine Zersplitterung in der Organisation. Einiges und geschlossenes Zusammenarbeiten dem Unternehmertum gegenüber kann den einzelnen nur vor Schaden bewahren. Duidel nicht, daß aus parteipolitischen Motiven heraus ein Kollege aus der Organisation ausgeschlossen werden soll, denn dieses führt zur Zersplitterung unserer Zahlstelle, zum Vorteil der Unternehmer. Lange genug ist die Arbeiterkraft politisch zerfallen. Weisen wir jene zurecht, die nun auch das letzte Volkswort der Arbeiterkraft, die Gewerkschaften, zerreißen wollen, um einen politischen Gegner unschädlich zu machen.

Berlin.

Otto Burde.

Aus den Zahlstellen.

Zinsheim. Der Bezirk Westermund und Mittlere Bahn hatte für den 3. September eine Konferenz nach Westermund einberufen, mit der Tagesordnung 1. Stellungnahme zu dem letzten Lohnabschluß in der Wafaktindustrie, 2. Wahl eines zweiten Bezirksleiters, 3. Beiträge, 4. Verschiedenes. Von 35 Zahlstellen waren 28 durch 31 Delegierte vertreten.

Über den ersten Punkt erstattete Kollege Herrmann eingehenden Bericht, aus dem zu entnehmen war, daß es bei dieser überhörenden Teuerung immer schwerer hält, die Löhne den Verhältnissen anzupassen, und daß aber auch die Herren Verhältnissen anzupassen, und daß aber auch die Herren Unternehmer gutwillig daran dächten, die Lage der Arbeiter zu erleichtern. Der Verband hätte auf jeden Fall in Köln seine Pflicht getan, die uns gewordene Erhöhung der Löhne bewege sich durchaus in dem Rahmen dessen, was andere Verbände erreicht hätten, es wäre deshalb kein Grund, auf unseren Verband zu schimpfen und ihm deshalb schließlich das Vertrauen zu entziehen. Daß die Tarif-Abschlüsse im allgemeinen nicht befriedigten, ja nicht im entferntesten den Verhältnissen Rechnung tragen, wissen die Vertreter der Verbände ebenso wie die Kollegen, wenn trotzdem solche Abschlüsse betätigt würden, so deshalb, weil die Gewerkschaften allein den Kampf gegen die Teuerung nicht erfolgreich bestehen könnten, sondern hier müssen die politischen Arbeiterparteien tatkräftig mit eingreifen, die aber leider, gerade auf dem Lande, keine genügende Unterstützung fänden und deshalb nicht die Kraft besäßen, die ihr zahlenmäßig durch die Arbeiter zustäme.

An der teilweise sehr erregten Debatte beteiligten sich die Kollegen Schuth, Sehn, Drees, Groß, Müller, Gardt, Kredel, Wuchholz, Meuth, die alle mehr oder weniger den Abschluß als viel zu gering bezeichneten und mit allem Nachdruck verlangten, daß der nächste Abschluß den tatsächlichen Verhältnissen mehr Rechnung tragen müßte, wenn es nicht um den Bestand des Verbandes gehen sollte. In der Debatte wurde nebenbei wieder mal festgestellt, daß die christlichen Gewerkschaftsführer das Lügen immer noch nicht lassen können, zwecks Mitgliederfang. Ein solcher Führer behauptet bei seinen Getreuen, daß bei der letzten Verhandlung in Köln es nur an dem Kollegen Leng (Summersbach) gelegen hätte, daß wir nicht 30 Proz. mehr herausgeschlagen hätten, die Unternehmer hätten die Absicht gehabt, dies zu tun (!), aber Leng hätte dies vereitelt. Anwesende Verhandlungsteilnehmer konnten dem den Schwund der Christen aufdecken und den Kollegen nur

den guten Rat geben, bei Wiedereröffnen eines solchen „Wahrheitskammer“ ihm die gebührende Antwort zu geben.

Kollege Menge, der vorher schon in die Debatte eingegriffen hatte, ebenso Kollege Herrmann in seinem Schlußwort, gingen nochmals auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein und ermahnten die Kollegen dringend, neben dem Einsetzen aller Kraft für den Verband, auch der politischen Partei vorwärts zu helfen, wenn dies geschehe, dann könnten wir auch ruhiger in die Zukunft schauen.

Bei der Wahl des zweiten Bezirksleiters ging im zweiten Wahlgang Kollege Loß aus Geilen a. M. hervor. Da Kollege Loß gegen eine starke Minderheit gewählt wurde, machte er die Annahme der Wahl davon abhängig, daß die Kollegen, die ihn nicht gewählt, ihm ebenfalls ihr Vertrauen schenken, da dies geschieht, nimmt er die Wahl an, bittet jedoch, daß er auch die nötige Unterstützung von Seiten der Kollegen findet.

Der dritte Punkt gibt Kollege Herrmann Veranlassung, sich zu beschweren, daß es den meisten Zahlstellen nicht einfällt, die Beiträge den Stundenlöhnen anzupassen. Wenn auch der Beitrag innerhalb eines Quartals bei der Hauptkasse nicht geändert werden könne, so sei doch die Möglichkeit vorhanden, die Beiträge in Gestalt von Lokalzuschlägen den Stundenlöhnen anzupassen. Ein Antrag, daß für den Monat September die Vorkasse mindestens einen Beitrag von 50 M. die Woche zu entrichten haben, fand einstimmig Annahme und wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Zahlstellen sich unter allen Umständen danach zu richten hätten, Ausnahmen dürften nicht geduldet werden. Der Bezirksbeitrag, welcher für die Monate Juli und August pro Woche und Mitglied 2 M. betrug, wird einstimmig dahin abgeändert, daß ab September 10 Proz. des Gesamtbeitrages abgeführt werden sollen, für die Beiträge unter 20 M. müssen 2 M. abgeführt werden.

Wegen vorgerückter Zeit konnte der letzte Punkt eine Erledigung nicht mehr finden. Mit einem Mahnwort des Kollegen Herrmann an die Kollegen, in dieser schweren Zeit mit Begeisterung ihre Pflicht erfüllen, wurde die anregende Konferenz geschlossen.

Kiel. Mitgliederversammlung am 8. August. Die Kollegen besaßen sich eingehend mit der ungünstigen Wirtschaftslage. Im Anschluß an die Verlesung des Rundschreibens der Zentralleitung, wurden die ungeheuerlichen Zustände, die durch den freien Handel herbeigeführt wurden, aufs schärfste kritisiert, wie weit schon die Erbrüderung vorgeschritten ist, erhellt schon aus der Tatsache, daß der Plan, aufs Land zu ziehen, aus Lenger über die Untätigkeit der Reichsregierung, an Anhängern gewinnt. Es kam in der Debatte einhellig zum Ausdruck, daß mit der bisher geübten Politik, den Lebensmittelpreisen durch immer neue Lohnserhöhungen auszugleichen, der Niedergang des deutschen Volkes nicht aufgehalten, sondern nur noch beschleunigt wird. Die Kaufkraft der Bevölkerung wurde durch die Phantasiereise derart gelähmt, daß in absehbarer Zeit das Chaos des Wirtschaftslebens zum völligen Zusammenbruch führen müsse. Als erste müßte die Luxusbranche, darunter zunächst die Steinindustrie, von der Bildfläche verschwinden, nur Kriegsgewinnler seien heute noch in der Lage, ein Denkmal zu bestellen, während der kleine Mann wieder zum Holzkreuz greifen muß, es darf also in allernächster Zeit mit einer noch nie dagewesenen Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Angesichts dieser trüben Tatsache kam allseitig zum Ausdruck, daß Partei und Gewerkschaften gegenüber der untätigen Reichsregierung nicht mit der Energie aufgetreten sind, wie es die ungeheure Notlage des Volkes erfordert, es wurde daran erinnert, daß im vorigen Herbst ungeheure Mengen Kartoffeln ins Ausland verschoben wurden, heute sei ein Jahr vergangen, hinreichende Vorbeugungsmaßnahmen seien nicht getroffen, um eine Wiederholung dieses Standaes zu verhindern. Es wurde in der Diskussion nachdrücklich gefordert, daß, wenn die Reichsregierung das deutsche Volk vor der unerhörten Ausplünderung nicht schützen kann, sie von der Bildfläche verschwinden müsse und Partei und Gewerkschaften eine durchgreifende Neuorganisation der Lebensmittelförderung in die Wege leiten müßten, andererseits ginge das Vertrauen der Masse zur Organisation verloren. Folgende Resolution gelangte zur Annahme:

„Die Kieler Steinarbeiter nehmen Kenntnis vom Rundschreiben der Zentralleitung und erklären sich bereit, ihre Pflichten dem Verband gegenüber vollkommen zu erfüllen. Sie erwarten aber aus bestmöglicher von der Zentralleitung, daß sie den Kampf gegen den Lebensmittelpreisanstieg mit dem nötigen Nachdruck aufnehmen. Steigende Lebensmittelpreise bei sinkendem Dollar haben die Erregung des deutschen Volkes aufs höchste gesteigert. Werden Partei und Gewerkschaften nicht in der Lage sein, die Sicherstellung der Volksernährung zu erzwingen, dann fallen die Kieler Steinarbeiter den völligen Zusammenbruch der Gewerkschaften für unvermeidlich.“

Nur ein Kollege erklärte, nur gegen den letzten Passus zu stimmen, sonst wurde der Resolution allseitig zugestimmt.

Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

(16. August 1922.)

(W.W.) Ueber der deutschen Wirtschaft liegt bange Sorge und quälende Ungewißheit. Es handelt sich nicht allein darum, ob die unter dem Schutze der Valutaunterschiede emporgeblühte Scheinonjunktur noch einige Wochen dauern soll oder ob wir unmittelbar vor dem Abgrunde einer scharfen Wirtschaftskrise stehen. Diesmal steht mehr auf dem Spiele. Es geht um Sein oder Nichtsein ganzer Volksschichten, alles rüstet zu einem sozialen Kampfe von beispielloser Heftigkeit und unzweifelhaft schmerzlichen Folgen. Die neueste Teuerungswelle war so mächtig, daß sie die mühsam wieder hergestellten normalen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit mit elementarer Wucht zerriss und ein ganzes Meer schon beinahe vergessener wirtschaftspolitischer und sozialer Streitfragen wieder von Grund aus aufwühlte. Der jüngste Marksturz und seine Wirkungen an den Warenmärkten haben Deutschland in seiner wirtschaftlichen Entwicklung wieder weit zurückgeworfen. An den Warenmärkten hat sich in den letzten Wochen der Anpassungsprozeß an die Marktentwertung in einem Tempo vollzogen, das alle früheren Vorgänge dieser Art weit übertrifft. Die Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse schreitet in erschreckender Weise fort und untergräbt die Konsumkraft des deutschen Volkes so weitgehend, daß schon für die nächste Zeit mit starken Einschränkungen des Verbrauchs und mit Abschließungen am Inlandsmarkt zu rechnen ist. Am Arbeitsmarkt häufen sich ebenfalls die Krisensymptome verhängnisvoller Art. Aus fast allen Landesteilen wird über ein Nachlassen der Arbeitsvermittlung, über Betriebseinschränkungen, Arbeiterentlassungen usw. berichtet. Mit Beendigung der Bau- und Erntearbeiten ist eine weitere Zunahme der Arbeitsuchenden zu erwarten, während andererseits Industrie und Handwerk Neu-einstellungen nach Möglichkeit vermeiden. Ganz besonders kritisch hat sich die Lage der deutschen Wirtschaft in der ersten Hälfte des Monats September infolge der Störungen im Zahlungsverkehr gestaltet. Der inländische Vorrat an Papiergeld ist trotz aller Kraftanstrengungen der Notenpresse noch nicht groß genug, um eine glatte Abwicklung aller Zahlungen im Warenverkehr, an den Lohnrenten usw. zu gewährleisten. Es ist recht bezeichnend, daß zahlreiche Banken sich in den letzten Wochen deutsches Papiergeld durch Aufnahme von Krediten in Holland oder anderen fremden Ländern beschafft haben, wobei Zinsen gezahlt werden, die auf das Jahr umgerechnet einer Verzinsung mit 50—70 Prozent entsprechen. Derartige Maßnahmen mögen gelegentlich als Notstandsaktion zu billigen sein; sollte jedoch diese Art der Geldbeschaffung sich allgemein einbürgern, so wäre damit eine weitere Quelle schwerer Schäden für die deutsche Wirtschaft entstanden. Denn diese hohen Zinssätze müssen doch letzten Endes ebenfalls aus dem Produktions-ertrag bezahlt werden. Es ist deshalb höchste Zeit, daß die zuständigen Stellen sich mit den tieferen Ursachen des Kredit- und Geldnot in Deutschland eingehend beschäftigen und Maßnahmen treffen, um einen normalen Zahlungsverkehr aufrechtzuerhalten.

Rundschau.

Gewerkschaftliches. Stinnes-Vertrag, rote Fahne u. d. A. D. G. Die rote Fahne steht in Nr. 393 vom 7. September ihren Kampf gegen den A. D. G. fort: Der Vorstand des A. D. G. als Vermittler des Stinnes-Paktes. Unter dieser Überschrift behauptet sie unbestritten:

Die Gewerkschaftsspitzen und die Parteileitungen sind bewußt mit Stinnes im Bunde. Die Gewerkschaftsführer haben die Herren von der Schwerindustrie im Namen des Proletariats die Auslieferung des Proletariats garantiert. Während Stinnes zum erstenmal selbst auf die Bühne trat, haben die Leipziger, Czajmann, Silbermann hinter den Kulissen ihre Rolle fein und leise gespielt.

„Das Proletariat verlangt Rechenschaft.“ In diesem lieblichen Tone geht es durch drei Spalten. Dazwischen wird England angegriffen, doch nur den Stinnesvertrag zu bekämpfen, weil er englische Interessen verletzt. Dr. Lersch, der anlässlich des Bergarbeiterabkommens in der Deutschen Allgemeinen Zeitung von der Notwendigkeit einer Mitverantwortlichkeit bei der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen geschrieben hat, wird als Kronzeuge angeführt, um zu beweisen, daß der A. D. G. den Stinnesvertrag vor seinem Entstehen gekannt und seine Durchführung garantiert habe. Es ist die alte Taktik der Kommunisten im Kampfe gegen die Gewerkschaften: Verleumdung, Lüge, Hebe, ein Teil der nicht informierten Arbeiter wird es schon glauben.

Und warum dieses Uberschlagen der roten Fahne? Weil die Bergarbeiter angesichts der Kohlennot Deutschlands, die seine Industrie lahmlegen droht, sich entschlossen, Ueberarbeit zu leisten. Die Gewerkschaftsführer, die die durchschlagenden Gründe anerkennen mußten, sind „Verräter“. Gewiß, den Kommunisten und der roten Fahne ist die Lösung der Ueberarbeit nicht angenehm. Nicht weil sie dem Proletariat den Achtstundentag erhalten wollen, denn in Sowjetrußland zwingt man die Arbeiter zu zehnbis zwölftündiger Arbeit. Aber man kann nicht den Rettungsweg für das Proletariat wollen, weil man im Zusammensturz alles Bestehenden, im vollendeten Chaos die Vorbereitungen für den Kommunismus sieht. Darum keine Mehrbeförderung von Kohle, darum ist der Beschluß über das Ueberarbeitenabkommen ein Verrat seitens der Gewerkschaftsführer. Mag doch die Industrie stillstehen, mögen unsere Schöte erkalten, mögen doch die Arbeitermassen hungern und frieren, dann werden sie wenigstens zur höheren Ehre Moskauer auf die Straße gehen und alles zerhacken.

Es ist wirklich notwendig zu sagen, daß der Stinnesvertrag, über den am 2. September die Habas zuerst berichtete, dem Vorstand des A. D. G. völlig unbekannt war? Ist es nötig zu beweisen, daß die Behauptungen der roten Fahne vollkommenster Unfug sind, die je die an Lüge und Verdrehung so reiche rote Fahne ausgeheckt hat?

Kommunisten als Helfer der Rottweil-Regierung. Auf dem 11. Verbandstag der Transportarbeiter berichtete Böding am 6. September über ihre internationalen Kongresse in Christiania und Genf. Als in der Aussprache Thalmann (Hamburg) die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften bei dem Boykott der ungarischen Regierung bemängelte, und den „revolutionären Geist der Kommunisten“ hervorgehoben hatte, teilte Mundt (Danzig) mit, daß die Danziger Arbeiter in Gemeinschaft mit den Christlichen entschieden und zunächst auch mit gutem Erfolge für die Durchführung des Boykotts gewirkt hätten, so daß die mit Waffen und Munition beladenen Schiffe ihre Ladung nicht löschen konnten. Als darauf jedoch der Tageslohn von 50 Mk. auf 40 Mk. vermindert wurde, ließen die Kommunisten in besten Stücken nach den Schiffen, um beim Ausladen zu helfen. Mundt berichtete weiter, er habe sich vergeblich bemüht, sie davon abzuhalten. Als er auf der SPD-Zentrale den Vorgang berichtet und gefragt habe, was nun zu tun sei, habe er die Antwort erhalten: „Geh doch auch arbeiten!“

Es handelte sich also nicht lediglich um eine Entgleisung kommunistischer Arbeiter, die der Versuchung erlagen, einen für die damalige Zeit sehr hohen Streikverdienst einzuschleusen, sondern die SPD-Zentrale in Danzig billigt es, daß den grausamsten Gegnern ihrer Genossen in Ungarn Waffen und Munition geliefert wurden.

Mit Recht erregten diese Mitteilungen auf dem Verbandstage tiefe Entrüstung. Einer der Teilnehmer rief: „Das ist der revolutionäre kommunistische Geist!“

Wie lebt der russische Arbeiter? Neuerdings erzählt man auf kommunistischer Seite, daß die russischen Arbeiter jetzt das Schlimmste überhandnehmen hätten, daß ihre Lage sich allmählich bessere. Wie sieht es damit? Die Menge der Sowjetrußland, die der Arbeiter ausgezahlt erhält, ist zwar gestiegen, ihre Kaufkraft jedoch gesunken. Nach dem amtlichen russischen Gewerkschaftsblatt Trud (1922, Nr. 89) betrug der monatliche Durchschnittslohn im Vorkriegsrußland:

	Rubel	v. H.
November 1921	10,88	100,0
Dezember "	8,80	81,5
Januar 1922	7,79	72,0
Februar "	6,71	61,2
März "	4,25	39,0

Nach Sowjetrußland gemessen sind die russischen Arbeiter Millionäre. Wie aber die Preise gestiegen sind, geht aus folgender ebenfalls vom Trud (Nr. 110) gebrachter Zusammenstellung hervor:

	Preise	Steigerung der Lohnsätze v. H.
November 1921	100,0	100,0
Dezember 1921	137,0	100,0
Januar 1922	275,4	153,5
Februar 1922	528,3	228,8
März 1922	1116,4	564,5
April 1922	2517,2	854,3
Mai 1922	5000,0	1520,0

In der genannten Zeit stiegen also die Preise um das Fünffache, die Lohnsätze jedoch nur um das Fünfeinhalbfache. Der Reallohn des russischen Arbeiters sank in dieser Zeit also auf 30 v. H. Legt man jedoch den Durchschnittslohn der Vorkriegszeit zugrunde, der = 222,83 Rubel gerechnet wurde, so ergibt sich, daß der Reallohn auf 15 v. H. herabging.

Im Juni und Juli hielt der Reallohn sich auf derselben Höhe; im August ist jedoch eine weitere Senkung eingetreten.

Es entspricht also leider nicht der Wahrheit, daß die Lage des russischen Proletariats sich bessere. Der deutsche Arbeiter weiß ja ebenfalls ein Lied davon mitsingen, was der Besitzlose zu leiden hat, wenn die Preise stärker steigen als der Lohn. Ein unerschörter Frel ist es jedoch, der deutschen Arbeiterklasse vorzugaukeln, daß in Rußland eine Besserung eintrete. Von den kommunistischen Weisagungen hat sich nur die erfüllt, daß das Proletariat durch eine Hölle von Elend hindurchmüsse und es sieht noch nicht so aus, als ob der tiefste Stand dieses Elends erreicht sei.

Verlängerung der Demobilisationsverordnungen. Die Demobilisationsverordnungen wurden durch Beschluß zunächst bis zum 31. Oktober 1922 verlängert. Die Hoffnung, bis zu diesem Termin die durch die Verordnungen geregelten Materien durch Reichsgesetze regeln zu können, hat sich nicht erfüllt. Der Reichstag hat daher durch seinen Ueberwachungsausschuß am 17. August eine weitere Verlängerung der Demobilisationsverordnungen beschlossen. Sie gelten zunächst bis einen Monat nach Zusammentritt des Reichstags, damit der Reichstag im Plenum Stellung zur Verlängerung nehmen kann.

Die wirtschaftlichen Forderungen der deutschen Gewerkschaften. Unter dieser Ueberschrift schreibt Professor Leberer in Nr. 37 der „Weltwirtschaftlichen Korrespondenz“:

In den Forderungen der Gewerkschaften an die Reichsregierung zur Bekämpfung der gegenwärtigen Wirtschaftsnote steht das Verlangen nach Einschränkung und Verbot der Einfuhr von Luxusartikeln im Vordergrund. Auf diesem Wege sollen Einschränkungen des Verbrauches erzielt werden. Eine solche Maßnahme mag zur Zeit unentbehrlich sein, aber man muß sich dessen bewußt bleiben, daß sie eben nur eine Notstandsmaßnahme sein kann. Eine jede

Einfuhrhemmung durch hohe Schutzzölle und Verbote ist bedenklich, denn sie verschärft den Gegensatz der Völker untereinander, wirft den heimischen Produzenten große Gewinne in den Schoß, schafft oft eine kurzfristige, scheinbare Interessensharmonie zwischen Unternehmern und Arbeitern. Gerade im gegenwärtigen Augenblick aber wird eine solche Maßnahme die Veruche zu einer Wiederherstellung der Weltwirtschaft sehr erschweren. Denn sie wird der Stimmung gegen Deutschland nicht förderlich sein. Durch die Prämie der schlechten Valuta fühlen sich die Auslandsmärkte ohnedies aufs äußerste von der deutschen Ware bedroht, und die fremden Interessenten haben überall Dumpingzuschläge und Zollerhöbungen durchgesetzt und spielen selbst mit dem Gedanken der Einfuhrverbote. In der Schweiz z. B. sind solche Einfuhrverbote zum Schutz des Schweizer Marktes bereits erlassen worden. Schlägt nun Deutschland denselben Weg ein, so gefährdet es sich selbst dadurch seine Zukunft, die es nur durch Ausgestaltung des Exportes sichern kann. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß der Luxuskonsum in Deutschland unbeeinträchtigt bleiben darf. Der normale Weg hierzu wäre die Ausgestaltung der Steuererhebung, welche auch die hohen Einkommen so belastet, daß die Steuerträger zur Verbrauchseinschränkung gezwungen sind. Gegenwärtig wird es bei rasch veränderlicher Valuta schwer möglich sein, die Steuererhebung so auszubauen und vor allem so beweglich zu gestalten, daß dies Ziel erreicht werden kann. Daher ist auch für jeden Augenblick die von den Gewerkschaften geforderte Maßnahme zu billigen. Man muß nur darüber klar sein, daß es eine Notstandsmaßnahme ist und daß nach einer Stabilisierung der Verhältnisse gerade für die deutsche Volkswirtschaft wieder der freie Verkehr im Interesse der Arbeiterschaft angejehrt werden muß.

Christliches. Unsere Leser werden sich erinnern, daß in der letzten Nummer unserer Wochenschrift eine christliche Entrüstung abgetan wurde. Im Zusammenhang mit der in Frage stehenden Angelegenheit verbandet der christliche Landarbeiterverband in alle Windrichtungen „Berichtigungen“, in deren Absatz 2 und 3 es folgendermaßen heißt:

2. Es ist unklar, daß der Zentralverband der Landarbeiter der Provinz Sachsen in aller Form von den Unternehmern der Provinz Sachsen ausgeschlossen wird. Wahr ist dagegen, daß der Zentralverband der Landarbeiter in keiner Weise von den Unternehmern ausgeschlossen wird.

3. Es ist unklar, daß einzelne Sekretariate des Zentralverbandes von den Unternehmern Barbeträge von 10 000 M. bis 40 000 M. erhalten haben. Wahr ist, daß alle Sekretariate des Zentralverbandes von der Hauptkassette des Zentralverbandes getragen werden und wie diese Hauptkassette selbst weder von den Unternehmern solche Barbeträge annehmen dürfen noch angenommen haben.

Kollegen!

Gedenkt der Steinsammlung im Hauptbureau!

Etwaige Zuwendungen erfolgen nach den Unterlagen des Aufrufs in Nr. 24 und 25 des „Steinarbeiter“.

Was von dieser Verächtigung zu halten ist, geht aus folgendem Schreiben des Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Arbeitervereinigung Sachsens hervor:

28. Januar 1922.

Herrn Sekretär
In Verfolg der Besprechungen mit Herrn Krosigk hat der Vorstand des Arbeitgeberverbandes bzw. Landbundes beschlossen, Ihnen insgesamt 10 000 M. zur Verfügung zu stellen. Zedensfalls erwarten wir nunmehr bei den außerordentlichen Mitteln, mit welchen wir Ihrer Bewegung unter die Arme gegriffen haben, daß in nächster Zeit Erfolge sichtbar werden und das um so mehr, als leider gegen Ihre Tätigkeit hier von seiten des Geschäftsführers des Arbeitgeberverbandes Stimmung gemacht wird. Wir hoffen deshalb, daß Sie durch Ihre Tat zeigen, daß diese Behauptungen in keiner Weise zutreffen. Weidenburg.

Das genügt, um solche „Berichtigungen“ auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Vielleicht nimmt die christliche „Steinarbeiter-Zeitung“ auch von dem Briefe Notiz, er eignet sich vorzüglich dazu, für die christliche Gewerkschaftsbewegung und die christlichen Steinarbeiter im besonderen nach den eigenen Worten der Zeitungsteile „Kapital zu schlagen!“

Aus der Steinindustrie. „Prot aus — Steinen.“ Unter dieser Ueberschrift wird von der Tagespresse die Quarzitag als neuer Broterwerb hingestellt. Quarz ist harter Sandstein mit Quarz als Bindemittel. Zu Bauten werden dichte Quarzite fast nur in Form von Bruchsteinen verwendet, weil sie schwer zu bearbeiten sind. Dagegen sind quarzartige oder kiefige Sandsteine ein sehr wertvolles Material, wegen ihrer Festigkeit und Wetterbeständigkeit, namentlich auch für Wasserbauten. Quarzite und quarzartige Sandsteine werden durch Säuren und Feuer nicht angegriffen.

In den wenigen Gegenden in Deutschland, in denen Quarz vorkommt, gehört das alte Grenzland zwischen Franken und Niederachsen, das Land jenseits der Südgrenze von Westfalen und Hannover bis in die Gegend von Kassel. Seit einiger Zeit arbeiten dort Unternehmer, die sich den Landwirten anbieten, die Felder von den darin „wachsenden“ Quarzitesteinen zu reinigen. Gern wird darauf eingegangen. Die Unternehmer heben in der Tat die Leistungsfähigkeit der Acker und bereichern ein gut Stück Kulturarbeit. Ihr Lohn liegt in den Steinen, um die sich seither kein Mensch gekümmert hat. Nunmehr aber, da es der Schwerindustrie unmöglich gemacht ist, das Material für ihre Schmelztiegel zu gewinnen, ist man auf die feuerfesteren Quarzite gekommen, die den geeignetsten Ersatz für die kostspielige Auslandsware darstellen, genau so wie die Schmirgelindustrie bereits an Stelle des früher verwandten Naphthol-Feuersteins das Gestein der Insel Rügen abbaute. Große Mengen Quarzitesteine sind bereits aus den Feldern und Wäldern von Jmmenhausen gewonnen worden, und neuerdings wird es auch bereits im großen durch eine Bochumer Gesellschaft in der Nähe von Hannoverisch-Münden an der Geburtsstätte der Weser gewonnen. So ist die Quarzitag jetzt zu einem lohnenden Erwerb geworden.

So wird aus Bernswig im Bezirke Kassel gemeldet: die Quarzite in brühe hiesiger Gemarkung sind seit 1. Aug. in den Besitz einer Aktiengesellschaft übergegangen, die den Betrieb bedeutend erweitert. — Unsere in der Agitation tätigen Kollegen mögen dieser geschilderten Entwicklung die nötige Aufmerksamkeit schenken, andere Verbände, die in der Steinindustrie tatsächlich nichts zu suchen hätten, weil sie eine ganz andere berufliche Aufmachung haben, versuchen die Quarzitarbeiter als Mitglieder zu gewinnen. Mit diesem unangebrachten Ueberreifer Verwechslung der muß schließlich doch mal Schluss gemacht werden, unsere Kollegen können dem abhelfen!

Soziales. Jugendlisches „Verbrechertum“. Man hat nach den Mitteilungen von Dr. Friedberg in der klinischen Wochenschrift festgestellt, daß sich unter den Fürsorgeröglingen eine sehr bedeutende Zahl Psychopathen befindet. In einem Berliner Beobachtungsheim wurden unter schulpflichtigen Jünglingen 40 Prozent Schwachsinnige, 15 Prozent als noch normal zu bezeichnende geistig Zurückgebliebene und 20 Prozent Psychopathen gezählt. Mit Recht verlangt Friedberg darum, daß vor der richterlichen Entscheidung in der Fürsorgerziehung und vor der Verhandlung vor dem Jugendgerichte eine ärztliche Untersuchung stattfinden müßte, wie es der preussische Justizminister übrigens schon vor Jahren einmal empfohlen hat. Aber das unterbleibt meist, und zwar wegen der — Kosten! Die Kosten, die die fast 100 000 Jahre Freiheitsstrafen, die jährlich verhängt werden, verursachen, werden lieber getragen. Nur keine soziale Gerechtigkeit!

Quittung

über eingegangene Gelder vom 18. August bis 21. September 1922.
Prenzlau 8. —, Leipzig 10 000. —, Augsburg 455. —, Berlin 10 524. —, Beilstein 1520. —, Frickenhausen 5000. —, Gummersbach 67 744. 65, Hamburg 2267. —, Grochlattengrün 3200. —, Königshain 4500. —, Mühlbach Bd. 10 000. —, Randersacker 4200. —, Regensburg 1000. —, Zeil 16 000. —, Gera Inf. 36.75, Neuhaus 3192.10, Manen 20 000. —, Hausenberg 15 463.40, Marienberg 68. —, Fißha 470. —, Nebra 49. —, Jaglfeld 454. —, Forst 220. —, Genthin 92. —, Höffingen 1300. —, Gemerau 323.20, Hahnbach 10 000. —, Kellheim 5000. —, Ludwigshafen 5000. —, Landsberg a. W. 298.80, Kl.-Steinheim 4000. —, Stettin 9000. —, Weilers 1698.20, Rottenbauer 4000. —, Liegnitz 1000. —, Köditz 3200. —, Königsbrück 15 000. —, Gommern 421.60, Ebersbach a. S. 6000. —, Darmstadt 5000. —, Breslau 9410.50, Wismar 251. —, Ubbervalla Ab. 200. —, Mejeritz 164. —, Pfeldelbach 156. —, Bantorf 4500. —, Dörsberg 5500. —, Geinau 6000. —, Gumbelshausen 8000. —, Häslich 25 000. —, Hafferode 15 000. —, Mühlbach a. Glan 8000. —, Niederlamitz 9010.40, Reiffenhäuser 2434.60, Schönbach 11 000, Sinzig 2000. —, Stuttgart 5000. —, Wunfiedel 5000. —, Wallbüren 4078.30, Wilbemann 7000. —, Trier 4300. —, Regensburg 2000. —, Obermörlen 3000. —, Kamenz 26 000. —, Jbbenbüren 3000. —, Elzweiler 7000. —, Cöln I 5000. —, Bielefeld 5000. —, Aderleben 30 000. —, Theinheim 147. —, Landstuhl 414. —, Altenglan 10 000. —, Goldberg 10 000. —, Homberg 5000. —, Rinderbügen 5000. —, Essen Inf. 57.50, Stettin Inf. 150.25, Bedesbach 10 000. —, Erfurt 10 000. —, Wilschütz 16 000. —, Saalfeld 2000. —, Citerhagen 6000. —, Karlsruhe W. D. G. W. 2031.15, Haffelbach Inf. 90. —, Blaswald 403. —, Baderborn Inf. 24.75, Königshain Inf. 60. —, Majlein 1. —, Miltenberg 2051.20, Neustadt 14 000. —, Saafen 1000. —, Solnhofen 11 700. —, Rothensbach 2867. —, Kirchheim 31 000. —, Groß-Kunzendorf 16 000. —, Dietesheim 3000. —, Bochum 3500. —, Schmöln 146. —, Hechlar 337. —, Nonnenbach 203. —, Leipzig (Brauer) 175. —, (Reiter) 12. —, (Franke) 6. —, Burg 240. —, Forst 335. —, Kraiburg 116. —, Wellendungen 84. —, Kl.-Räpchen 180. —, Friesen 88. —, Zielenzig 152. —, Rittenburg 1004. —, Haslach 125. —, Altleiningen 2000. —, Beucha 23 000. —, Dürkheim 4000. —, Eubensbach 3000. —, Gohmannsdorf 2000. —, Hof 1500. —, Mannheim 10 000. —, Maroldsweichach 8482.40, Randersacker 4800. —, Tressfurt 208. —, Wilschfeld 44. —, Vierath 1790. —, Neufitt 4024. —, Landsberg 2000. —, Diedesheim 3400. —, Gütersloh 73.50, Lenzkirch 205. —, Gredesmühlen 348. —, Laufsch 280. —, Lützen 209. —, Patzkau 73. —, Derlinghausen Inf. 100. —, Hensberg 600. —, Nylau 240. —, Brühl 108. —, Karlsruhe 8025. —, Neumark a. S. 200. —, Nürnberg 13000. —, Lollar 100. —, Ludwigshafen 5000. —, Langensalza 7000. —, Hamburg 22 100. —, Einbeck 517.90, Droyßig 1500. —, Dessau 2500. —, Cöthen 600. —, Arnswalde 220. —, Dipe 75. —, Prenzlau 7. —, Wahnitz 4000. —, Wurzen 23 000. —, Seebach 5000. —, Oberaula 10 000. —, Mönchen 12 000. —, Frankfurt a. M. 15 000. —, Buchholz 190. —, Weinböbla 288. —, Reichensbach 348. —, Bad Lausick 410. —, Bodenwähr 99. —, Emmerich 168. —, Neustadt a. N. 381. —, Magdeburg Inf. 80.75, Breitenborn 7000. —, Ebenfitten 4000. —, Eschbach 1530. —, Freudenberg 4000. —, Ober-Bassingen 1659.20, Paiten 3000. —, Sprockhövel 3500. —, Treuchtlingen 10 200. —, Ulm 1197. —, Weiler 2000. —, Zöllig 28 000. —, Rauenberg 1000. —, Maulbronn 6000. —, Lößelün 10 000. —, Rimbach 4000. —, Herdecke 2500. —, Fürth Inf. 221.50, Bremen Inf. 70.75, Baumholder 3500. —, Greiffswald 3500. —, Hemsbach 50 000. —, Kaiserslautern 10 000. —, Saalburg 5000. —, Wirsberg 3090. —, Zinheim 10 000. —, Crimmitschau 806. —, Haffelberg 774. —, Beries 284. —, Leipzig 15 000. —, Süplingen 120. —, Groß-Kunzendorf 16 000. —, Elzweiler 6000. —, Berlin Inf. 126.75, Dobrilugk Inf. 150.75, Lützen 180. —, Walsrode 171. —, Rochel 327. —, Wiegersdorf 60. —, Liegnitz 2000. —, Rheuma 4511.20, Hameln Inf. 50. —, Queckborn 3000. —, Rottenbauer 6000. —, Stuttgart 5000. —, Pölgig 221. —, Würzburg 10 000. —, Trossenfurt 5000. —, Thomasberg 5000. —, Steeden 4156.90 1, Saafen 800. —, Roth a. S. 3000. —, Rengschmühle 5000. —, Ober-Beilau 10 000. —, Langenalthem 15 000. —, Hohenburg 4000. —, Hechenbach 10 000. —, Breslau 10 000. —, Hue 10 300. —, Buer-Erle 248. —, Schw. Hall 162. —, Grochlattengrün 3150. —, Häslich 30 000. —, Manen 50 000. —, Rappoldt 9515.60, Reinerstreu 10 000. —, Rinnach 61. —, Tressfurt 5000. —, Volkmarjen 5000. —, Vierath 2865. —, Wildemann 3000. —, Gualsing 110. —, Genthin 250. —, Königswusterhausen 108. —, Giffhorn 424. —, Wriezen 200. —, Baalsdorf 161. —, Weilmünster 500. —, Randersacker 4600. —, Oberwiefen 3615.20, Langensalza 7500. —. Ludwig Geist, Kassierer.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ausgeschlossen wurde nach § 3 Abs. 5b des Statuts der Steinmetz Karl Eril in Ruhmannsfelden.

Durch die andauernden Teuerungswellen und der dadurch hervorgerufenen monatlichen oder vierzehntäglichen Lohnverhandlungen macht es sich nötig, um auch nur einigermaßen über die bestehenden Lohnsätze unterrichtet zu sein, daß die Zahlstellen die Angaben darüber, nicht wie bisher viermal jährlich, sondern spätestens am 3. jeden Monats mit den im Laufe dieser Woche verhandelten Lohnnachweisarten, an den Verbandsvorstand berichten.

Bereits für den nächsten Monat vereinbarte Lohnsätze sowie Geltungsdauer der ingelien Abmachungen versuchen wir unter „Zweckdienliche Nachrichten“ besonders aufzuführen.

Adressenänderungen.

- 2. Gau. Breslau. Vorsitzender: Fritz Rother, Paulstraße 31.
- 6. Gau. Gantwig b. Zweibrücken (Pfalz). Vors. und Kassierer: Philipp Messerle.
- 10. Gau. Menteroda (Thür.). Vors. und Kassierer: Karl Kaschmann.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Der „Neue Weltkalendar“ für 1923 liegt im 47. Jahrgang vor. Herausgeber ist die Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg; Preis 20 M. Im Hinblick auf den Inhalt und auf die außerordentlichen Herstellungskosten gewiß ein kleiner Betrag. Es ist deshalb zu hoffen, daß auch die neue Ausgabe sich nicht nur die alten Freunde erhält, sondern noch neue dazu gewinnt.

Gemeindepolitik. Erläuterungen zum Göttinger Programm. Von Paul Hirsch. Berlin 1922. J. G. W. Dieß Nachf. und Buchhandlung Vorwärts, Berlin. (Preis 7.50 M.)

Anzeigen

Stiegler's Schriftensetzerei
Gießen (Hessen), Licher Straße 37
•• Grabmalchriften zum Durchpaß ••
Schriftensetzerei 85 Mark.
Sümkstler. Rundschreiben-Zeichnungen 70 M.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis einzuhandeln werden.
In Dresden-Birna am 3. September der Sandsteinmetz **Wilh. Otto Degen**, 49 Jahre alt, Lungenentzündung.
In Ebenketten am 7. September der Granitsteinmetz **Johann Grabmeier**, 67 Jahre alt, Lungenentzündung.
Obere ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Biedler, beide in Leipzig.
Drud: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig.